

SP SCHWEIZ GESCHÄFTSBERICHT 2016 – 2017

Verabschiedet von der Geschäftsleitung am 28.09.2018
zuhanden Parteitag 1./2. Dezember 2018 in Brugg Windisch

Der Geschäftsbericht 2016 - 2017, verfasst in der jeweiligen Muttersprache des/der VerfasserIn,
ist aus Kostengründen nur elektronisch verfügbar und wird nicht mehr gedruckt und verschickt.

Er kann unter www.spschweiz.ch/parteitag2018 heruntergeladen werden.



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage	2
Rapport du Groupe socialiste aux Chambres fédérales.....	7
JUSO Schweiz.....	10
SP Frauen*	13
SP60+	15
SP MigrantInnen.....	17
Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé.....	19
Fachkommission Verkehr und Kommunikation.....	20
Fachkommission Umwelt, Raumplanung und Energie	22
Fachkommission Wissenschaft, Bildung und Kultur.....	23
Fachkommission für Migration und Integration.....	25
Fachkommission für Staat und Recht.....	26
Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechts-identität.....	27
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	28
Fachkommission Landwirtschaft.....	29
Fachkommission für Aussenpolitik.....	30
Subkommission Schweiz – EU.....	32
Fachkommission für Frieden und Sicherheit.....	33
AG Wirtschaftsdemokratie.....	34
Parteiinterne Bildung in den Jahren 2016 und 2017.....	35
Mitgliederentwicklung – Mitgliederbestände seit 1995	36

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage

Präsidium:

In der Berichtsperiode gab es im Präsidium nur einen Wechsel: Der Parteitag in Thun wählte am 4. Dezember 2016 Tamara Funciello als Nachfolgerin von Fabian Molina zur Vizepräsidentin. Bereits im Dezember 2015 hatte Beat Jans Jacqueline Fehr ersetzt, die nach ihrer Wahl in den Zürcher Regierungsrat aus dem Parteipräsidium der SP Schweiz ausgeschieden war. Somit setzt sich das Präsidium wie folgt zusammen: Christian Levrat (Präsident), Roger Nordmann (als Fraktionspräsident) sowie die VizepräsidentInnen Marina Carobbio, Tamara Funciello, Barbara Gysi, Beat Jans und Géraldine Savary. Auch die Generalsekretärinnen gehören dem Präsidium an. In der Berichtsperiode 2016/2017 waren das Leyla Gül und Flavia Wasserfallen. Als Besonderheit ist zu nennen, dass in den Sitzungen, in denen über die Wahlen 2019 debattiert wurde, jeweils auch die Mitglieder des Fraktionspräsidiums anwesend waren. Das Präsidium trifft sich grundsätzlich alle zwei Wochen, bei Bedarf auch mehrmals pro Jahr ganztägig.

Geschäftsleitung:

Der Geschäftsleitung gehören neben dem Präsidium die PräsidentInnen der drei grössten Kantonalparteien (ZH, BE, VD) an. Daneben vertreten zwei weitere von der Koordinationskonferenz gewählte Personen die Kantonalparteien. Mit je zwei Sitzen sind die Juso, die SP60+, die SP MigrantInnen und die SP Frauen* Teil der Geschäftsleitung. Und schliesslich wählt der Parteitag drei frei gewählte Geschäftsleitungsmitglieder. In dieser Funktion wurden Mario Carera, Filippo Rivola und Vera Ziswiler vom Parteitag am 4. Dezember 2016 in Thun bestätigt. Ebenfalls in Thun wurden im Rahmen des Geschäfts „Zukunft SP“ die Statuten dahingehend geändert, dass die zwei VertreterInnen der SP60+ und der SP MigrantInnen, die zuvor kein Stimmrecht hatten, zu vollständigen Mitgliedern der GL bestimmt wurden. Die Geschäftsleitung hat sich 2015 neun Mal und 2016 zehn Mal getroffen. Unter Einberechnung der Sommer- und Weihnachtsferien ergibt das ungefähr eine Sitzung pro Monat. Die Sitzungen dauern in der Regel einen halben Tag, zwei Mal pro Jahr wird eine ganztägige Sitzung abgehalten.

Delegiertenversammlungen und Parteitag:

Delegiertenversammlung vom 16. April 2016 in La Chaux-de-Fonds

Im Zentrum der ersten DV 2016 stand eine Debatte zur Europapolitik: Die Delegierten lehnten eine einseitige Schutzklausel zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) ab. Mittelfristig bekräftigten die Delegierten, dass die SP offen ist für ein institutionelles Rahmenabkommen. Und langfristig bleibt der EU-Beitritt strategisches Ziel. Der Vorschlag der Geschäftsleitung, einen EWR 2.0 als Zwischenschritt zwischen Rahmenabkommen und Beitrittsziel zu definieren wurde auf den Parteitag vom Dezember 2016 zu verschoben.

«Résister!» Unter diesem Titel rief Christian Levrat die SP-Delegierten zum Widerstand gegen die bürgerliche Mehrheitspolitik auf. Sozialabbau, Kürzungen, Steuergeschenke, Klientelpolitik für Armee und Landwirtschaft – die rechtsbürgerliche Mehrheit in Bern drückt ihr Programm durch, im Parlament wie im Bundesrat. Mit Blick auf die damals soeben veröffentlichten „Panama Papers“ erwartete der SP-Präsident von Finanzminister Ueli Maurer, «dass er seine Arbeit macht und die Steuerflucht mit aller Vehemenz bekämpft.»

Auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga äusserte ihr Unverständnis darüber, «dass man mit grösstem Verständnis alle möglichen Gründe für Steuerflucht verteidigt, dass man aber kein Verständnis hat für Menschen, die sich für die Flucht aus unerträglichen Lebenssituationen entscheiden.» Gleichzeitig warb sie in eindringlichen Worten für ein Ja zum Asylgesetz am 5. Juni,

«eine Vorlage, die den Asylsuchenden etwas bringt und die gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der Asylpolitik in der Bevölkerung stärkt.»

Die SP-Delegierten folgten ihrer Bundesrätin und beschlossen mit 172 Ja- zu 4 Nein-Stimmen die Ja-Parole zum Asylgesetz. Ein Antrag, leer einzulegen, wurde deutlich abgelehnt. Einstimmig Nein sagten die Delegierten zur Milchkuh-Initiative (163:0) sowie zur Initiative «Pro Service public» (134:0, 3 Enthaltungen). Für das Fortpflanzungsmedizingesetz beschloss die SP Stimmfreigabe. Am umstrittensten war das bedingungslose Grundeinkommen: Nach zahlreichen engagierten Voten fassten die SP-Delegierten mit 117:68 Stimmen die Nein-Parole.

Schliesslich hat die SP-Delegiertenversammlung mit 76 zu 75 Stimmen beschlossen, das überparteiliche Referendum gegen das Büp zu unterstützen.

Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2016 in Chur

Wichtigstes Traktandum der Juni-DV war das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Mit der USR III hatte die rechte Mehrheit zahlreiche neue Privilegien und Schlupflöcher für reiche Aktionäre und Grossunternehmen beschlossen. Das hätte Ausfälle von mindestens 1,3 Milliarden Franken beim Bund und weiteren Milliarden bei Kantonen, Städten und Gemeinden gebracht. Bezahlen müssten diese Milliardenausfälle die Steuerzahlenden mit höheren Steuern und Leistungseinbussen.

Die USR III steht symptomatisch für die Bilanz der bisherigen Legislatur. «Die rechte Mehrheit drückt ihre Macht durch, und zwar in fast allen Bereichen», sagte SP-Präsident Christian Levrat in seiner Rede. «Das verpflichtet uns dazu, eine aktive, entschlossene und wirkungsvolle Oppositionspolitik zu betreiben.»

Die SP-Delegierten zeigten sich absolut entschlossen, die Interessen der Bevölkerung an der Urne zu verteidigen – die USR III war nur der Anfang. «Wir als SP müssen jenen Menschen eine Stimme geben, deren Interessen von CVP, FDP und SVP übergangen werden», hiess es in der an der DV verabschiedeten Resolution. Denn selbst wenn eine Mehrheit bürgerlich gewählt habe, «den Angriff auf die öffentlichen Haushalte und die Sozialwerke haben die Leute nicht gewählt».

Bundesrat Alain Berset nahm in seiner Rede Stellung zum Brexit. Der Brexit sei der «politische Ernstfall» für Europa und für die Schweiz und zwingt zum Handeln. Erstens müssten Missbräuche auf dem Arbeitsmarkt bekämpft werden: «Lohndumping beschädigt das Fundament einer weltoffenen Schweiz». Zweitens müssen die sozialen Rahmenbedingungen für unsere Bevölkerung verbessert werden. Und drittens müsse die Reform der Altersvorsorge gelingen. Und sie gelinge nur, wenn die Höhe der Renten und das Rentenalter 65 erhalten bleiben.

Schliesslich fassten die SP-Delegierten die Parolen im Hinblick auf die Abstimmungen vom 25. September. Die AHVplus-Initiative empfahl die SP einstimmig zur Annahme. Ebenso die Initiative «Grüne Wirtschaft» mit 133 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung. Beim Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz (NDG) fassten die SP-Delegierten mit 125 zu 15 Stimmen (7 Enthaltungen) die Nein-Parole.

Ordentlicher Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 in Thun

Zum ersten Mal seit 2012 führte die SP wieder einen zweitägigen Parteitag durch. Über 500 Delegierte aus der ganzen Schweiz sowie zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland trafen sich Anfang Dezember in Thun. So sprachen SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga und SP-Bundesrat Alain Berset ebenso zu den Delegierten wie Olaf Scholz, erster Bürgermeister von Hamburg und Vizepräsident der SPD, und Jean Asselborn, Aussenminister von Luxemburg.

Inhaltlicher Schwerpunkt des ersten Tages war das Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie. Die engagierte Debatte zum Positionspapier Wirtschaftsdemokratie folgte der sozialdemokratischen Tradition, dass die Ideen und Visionen einer und eines jeden respektiert werden. Nach zweistündiger Diskussion beschlossen die Delegierten mit 375 zu 59 Stimmen Eintreten und

verabschiedeten danach das Positionspapier Wirtschaftsdemokratie. Die SP wird sich demnach für eine bessere Repräsentierung und Mitbestimmung der Arbeitenden einsetzen.

Der zweite Tag des Parteitags begann mit der Wiederwahl des Präsidiums. Parteipräsident Christian Levrat wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt und mit einer Standing Ovation beglückwünscht. Die aktuellen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten Géraldine Savary, Marina Carobbio, Barbara Gysi und Beat Jans wurden in ihrem Amt bestätigt. Nach dem Rücktritt von Fabian Molina wurde die in diesem Jahr neu gewählte Juso-Präsidentin Tamara Funicello als seine Nachfolge ins Präsidium der SP wiedergewählt.

Der Parteitag diskutierte darauf über die Europafrage, konkreter über die Idee einer multilateralen Einbindung in Europa (Traktandum, das an der DV vom April in La Chaux-de-Fonds verschoben worden war). Diese Einbindung ist als Mittelweg zwischen einem EU-Beitritt, der im jetzigen Moment auf der politischen Agenda keinen Platz findet, und den Bilateralen, die immer wieder von Initiativen wie der Masseneinwanderungsinitiative gefährdet werden, gedacht. Die «Roadmap Europa» wurde mit sehr grosser Mehrheit angenommen.

Die gewichtigste Geschäfte des zweiten Tages war das Projekt «Zukunft SP», das einige Monate zuvor lanciert worden war mit dem Ziel, die internen und finanziellen Strukturen der SP zu reformieren. Eine verstärkte Mitgliederwerbung und eine häufigere Beziehung und Konsultation der Basis standen im Zentrum der Debatten. Des Weiteren wurde in einem engagierten, emotionalen Schlagabtausch zwischen den Delegierten die Frage diskutiert, ob die Unternehmensspenden einmalig angenommen und für die Kampagne gegen die Unternehmenssteuerreform III eingesetzt werden sollten. Der Antrag wurde abgelehnt, demnach werden auch im Einzelfall keine Spenden von Unternehmen angenommen und die SP bleibt bei ihrer historischen Position, die auf Unabhängigkeit und Transparenz der Finanzierung der politischen Arbeit basiert.

Zum Schluss fasste der Parteitag die Parolen für den 12. Februar und beschloss die einstimmige Ablehnung der überhasteten Unternehmenssteuerreform III (USR III), die einstimmige Annahme der erleichterten Einbürgerung für die dritte Generation und mit 168 zu 36 Stimmen die Nein-Parole für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF.

Delegiertenversammlung vom 1. April 2017 in Castione (TI)

Zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten und überhaupt erst zum vierten Mal in ihrer Geschichte führte die SP eine Urabstimmung durch. Dies hatte die DV in Castione so beschlossen. Thema der Urabstimmung war die „Altersvorsorge 2020“. Die von den SP-Delegierten beschlossene Urabstimmung unter allen SP-Mitgliedern sollte eine breite Diskussion und eine klare Positionierung zum wichtigsten Thema der Legislatur ermöglichen. Die Urabstimmung steht für gelebte Mitbestimmung und festigt die Rolle der SP als Partei der AHV. Denn die SP hat die AHV erfunden und weiterentwickelt und nur mit der SP kann eine Reform der Altersvorsorge erfolgreich sein. Die Urabstimmung startete direkt nach der DV, das Ergebnis wurde am 30. April bekannt gegeben: Eine klare Mehrheit sprach sich für die Altersvorsorge 2020 aus. 11'061 Ja-Stimmen standen 1'153 Nein-Stimmen gegenüber, der Ja-Anteil betrug 90,6 Prozent. Die Stimmbeteiligung war mit 39 Prozent um 7 Prozentpunkte höher als bei der letzten Urabstimmung 1995.

SP-Präsident Christian Levrat zog in seiner Rede eine Zwischenbilanz der laufenden Legislatur. Die Erfolge bei der USR III, bei kantonalen Wahlen oder im Parlament seien erfreulich, so Levrat. «Aber es wäre ein fataler Fehler, jetzt locker zu lassen. Es gibt nach wie vor eine deutliche rechte Mehrheit im Parlament und im Bundesrat, der wir entschlossen gegenüber treten müssen. Mit einer linken Politik, die soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und individuelle Freiheit zum Ziel hat.»

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 21. Mai über die Energiestrategie 2050 fassten die SP-Delegierten einstimmig die Ja-Parole. Die Energiewende ist eine historische Chance: Sie bringt

nicht nur den endgültigen Atomausstieg, sondern kann auch Tausende neuer Jobs in der Schweiz schaffen.

Last but not least beschloss die SP-Delegiertenversammlung die Mitunterstützung der Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten».

Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2017 in Freiburg

In Freiburg verabschiedeten die Delegierten der SP Schweiz ein Positionspapier zur Gesundheitspolitik und erteilten der Parteileitung den Auftrag zur Ausarbeitung einer Prämien-Initiative, die eine Begrenzung der Prämien bei maximal 10 Prozent des Haushaltbudgets vorsieht. SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi benannte das Hauptproblem des Gesundheitswesens glasklar: «Wettbewerb und Privatisierungen wirken nicht nur preistreibend, sie gefährden die Qualität der Angebote, steigern die Patienten-Selektion und erhöhen den Druck auf das Personal und die Arbeitsbedingungen.» Ihre Rezepte gegen das Kostenwachstum hat die SP in ihrem Positionspapier dargelegt, das von den Delegierten nach engagierter Diskussion verabschiedet wurde.

«Darf der Gesundheitszustand tatsächlich vom Portemonnaie abhängen?», fragte denn auch Bundesrat Alain Berset in seiner Rede, um gleich selbst zu antworten: «Nein, wir müssen sicherstellen, dass alle Zugang zu qualitativ guter Medizin zu einem bezahlbaren Preis haben. Und verhindern, dass eine Zwei-Klassen-Medizin entsteht.» Denn im Zentrum fortschrittlicher Politik stünden immer die Menschen, so Alain Berset.

Schliesslich fassten die SP-Delegierten die Parole für den Bundesbeschluss zur Ernährungssouveränität, der am 24. September zur Abstimmung kam. Ohne Gegenstimme – aber auch ohne jegliche Begeisterung – empfahl die Delegiertenversammlung die Ja-Parole.

Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 in Olten

An der Herbst-DV 2017 hat die SP Schweiz das 100jährige Jubiläum der SP Frauen* gefeiert und aus diesem Anlass einstimmig ein feministisches Manifest beschlossen. Die wirtschaftliche und strukturelle Diskriminierung der Frauen ist ein Skandal, der nach einer sofortigen Korrektur verlangt: Schluss mit der Lohndiskriminierung, Anerkennung und Abgeltung der Care-Arbeit, Reduktion der Arbeitszeit. Diese Forderungen wird die SP ins Zentrum ihres Kampfs für die Durchsetzung der Gleichstellung setzen.

«Ich bin Feminist, weil ich glaube, dass der Kampf für Gleichstellung über die Beziehungen Mann-Frau hinausgeht. Es ist ein Kampf für die menschliche Würde, ein Kampf für eine inklusive Gesellschaft, die auf gleichen Chancen für alle basiert.» Mit diesen Worten eröffnete SP-Präsident Christian Levrat die Diskussion. Das feministische Manifest stehe in der Tradition von Tausenden von Sozialdemokratinnen, die für Gleichstellung gekämpft haben: «Wenn die SP heute die Partei des Feminismus in der Schweiz ist, dann verdanken wir das diesen Frauen!»

«Die Lohndiskriminierung ist nicht nur für jede betroffene Frau ein Skandal», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga in ihrer Rede. «Die Lohndiskriminierung ist auch gesellschaftspolitisch ein Skandal. Denn im Lohnunterschied drückt sich letztlich nichts anderes aus als die Haltung: Die Frau ist weniger wert als der Mann. Und diese Haltung dulden wir nicht!»

Mit 126 zu 63 Stimmen bei 6 Enthaltungen nahmen die Delegierten das Luftwaffenkonzept der Geschäftsleitung an. Die SP sagt jetzt Nein zu Bundesrat Parmelins Kampfjet-Plänen. Die F/A-18 können bis 2040 fliegen. Die Frage nach neuen Kampfjets stellt sich also frühestens in einem Jahrzehnt. Darum war die Botschaft klar: Nein zu neuen Kampfjets, Ja zur Verlängerung der bestehenden Flotte.

Schliesslich haben die SP-Delegierten mit 138 zu 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen, die 99-Prozent-Initiative der Juso («Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern») zu unterstützen. Die Initiative stellt die richtige Frage, nämlich jene nach der Gerechtigkeit. Warum soll die Migros-

Kassiererin, der Versicherungsangestellte, die Lehrerin oder der selbständige Grafiker jeden Lohnfranken versteuern, Kapitalgewinne aber nicht oder nur teilweise besteuert werden? Diese Ungerechtigkeit muss angegangen werden, die 99-Prozent-Initiative ist ein Mittel dazu.

Rapport du Groupe socialiste aux Chambres fédérales

Par Roger Nordmann, président du Groupe socialiste

Après les élections fédérales de 2015, la situation est devenue très difficile au Conseil national, où le PLR et l'UDC dispose à eux seuls d'une majorité de 101 voix. Ces deux partis ont immédiatement mis à profit leur nouvelle majorité pour élire, malheureusement avec l'aide du PDC, un deuxième conseiller fédéral UDC en remplacement d'Eveline Widmer-Schlumpf. Cette élection a permis à ces deux parties de disposer d'une majorité absolue au Conseil fédéral, et ce glissement à droite s'est accentué avec l'accession d'Ignazio Cassis au gouvernement.

Le durcissement des fronts est apparu de manière progressive, mais de plus en plus nette, avec un agenda de plus en plus réactionnaire de la part de la majorité.

Les milliers de dossiers traités au cours d'une demi législature ne peuvent être évoqués en trois pages A4. Pour cette raison, ce rapport n'évoque que quatre grands dossiers qui ont marqué cette première moitié législature.

Stratégie énergétique 2050

Premier grand dossier de la nouvelle législature, l'achèvement du parcours parlementaire de la stratégie énergétique 2050 c'est plutôt bien fini, puisque le projet a passé sans encombre le vote final. Il faut dire que la nouvelle majorité n'était pas encore au top de son organisation et que les progressistes du PL R étaient favorables au projet. Immédiatement attaqué référendum, il a donné lieu à une campagne de votation farouche qui s'est soldée par une acceptation historique du projet en mai 2017, par 58 % de oui. Désormais il est interdit de construire de nouvelles centrales nucléaires en Suisse. Le projet comprend d'importantes mesures pour réduire la consommation d'énergies fossiles, en particulier dans le bâtiment, et développer la production d'électricité renouvelable, jusqu'à hauteur de la moitié de la production nucléaire. Du point de vue du Groupe socialiste, ce projet est l'aboutissement d'une quarantaine d'années de lutte. Ce combat devra se poursuivre, car après la dénucléarisation, il faut maintenant viser la décarbonisation.

Le projet de troisième réforme de l'imposition des entreprises (RIE III)

Mise à juste titre sous pression par la communauté internationale, la Suisse a dû se résoudre à entamer un processus législatif pour abolir ces « statuts spéciaux » lesquels constituent un invraisemblable dispositif du dumping fiscal sur le bénéfice des entreprises. Alors qu'à la fin de la précédente législature, le conseil fédéral avait présenté un projet plus ou moins acceptable pour surmonter ce problème sans provoquer une hémorragie dans les collectivités publiques. La nouvelle majorité du Parlement s'est empressée de dégrader le projet en agrandissant les échappatoires fiscales. Au terme de l'exercice, et compte tenu des projets cantonaux, la perte aurait été de 3 milliards pour les collectivités publiques. Les seuls bénéficiaires auraient été les actionnaires, ce qui aurait constitué une régression en matière d'équité distributive. Lors du vote final en juin 2016, le groupe socialiste a annoncé que le parti lancerait un référendum, qui s'est soldé par une victoire triomphale en février 2017. Cette victoire était possible avec l'appui d'une large coalition, l'engagement de nombreux camarades au niveau cantonal et communal. Ils en soient ici remerciés.

Depuis cette victoire, nous travaillons à une solution de remplacement qui permette de supprimer rapidement les statuts spéciaux sans dégrader trop les finances publiques et l'équité redistributive. Le Conseil fédéral ayant déposé son message au début 2018, le processus n'est pas fini. Alors d'écrire ces lignes l'issue est encore très incertaine. Vous lirez la conclusion de ce suspense dans le rapport 2018-2019 du Groupe socialiste aux Chambres fédérales.

Mise en œuvre de l'article constitutionnel 121a

En 2014, l'Union démocratique du centre avait fait passer son initiative populaire dite « contre l'immigration de masse », en promettant que son acceptation ne compromettrait pas les accords bilatéraux avec l'Europe. Ce mensonge s'est rapidement avéré être un obstacle considérable, et comme le Conseil fédéral n'a proposé aucune solution valable garantissant le maintien des accords bilatéraux, nous avons dû forger au Parlement un compromis. Il s'agit d'octroyer un avantage aux chômeurs domiciliés en Suisse qui travaillaient en Suisse, sur une base non discriminatoire, c'est-à-dire sans tenir compte de la nationalité. Comme UDC s'opposait à tout et n'avait par ailleurs aucune proposition, même inadéquate, pour la mise en œuvre de sa propre initiative, le travail se fait principalement avec le PLR.

Malgré des protestations fortement mises en scène, l'UDC a renoncé à lancer le référendum, prétendant que cela ne servirait à rien. Ce renoncement étrange a cependant eu pour effet de valider la solution, d'autant plus que les personnes isolées ont tenté de récolter les signatures.

La mise en œuvre choisie donnant un avantage concurrentiel aux participants les plus faibles du marché du travail, et nous est apparu qu'elle pouvait être soutenue, voir même déployer des effets positifs. C'est pour cela que nous avons soutenu. Une mise en œuvre complète de l'article constitutionnel n'aurait cependant de toute façon pas été possible, car celui-ci était en lui-même contradictoire.

Réforme de la prévoyance vieillesse PV2020

Ce projet a été lancé par notre conseiller fédéral Alain Berset dès son arrivée au Département fédéral de l'intérieur. L'objectif était simple : garantir le niveau des rentes futures tout en consolidant le financement des retraites dans l'AVS et du deuxième pilier. Au terme de longues délibérations parlementaires, nous sommes parvenus à un excellent compromis, forgé au Conseil des états. Celui-ci garantissait le niveau global des rentes. L'affaiblissement de celle-ci dans le deuxième pilier était compensé par l'introduction progressive d'un supplément à la rente AVS, et par une amélioration de la position des personnes à temps partielles dans le deuxième pilier. Cette dernière amélioration était évidemment décisive pour les femmes. Nous avons dû, dans le projet, concéder l'augmentation d'une année de l'âge de la retraite des femmes. Au terme d'un débat très intensif au sein du parti, nous avons estimé que cette concession en valait la peine vu les contreparties importantes pour les femmes dans la LPP. Cette position a été validée premier vote des membres du PS depuis plus de 20 ans. La base du parti s'est rangée à plus de 90 % derrière ce compromis. Le financement était assuré par deux modestes augmentations de la TVA et par la première augmentation des cotisations sociales depuis près de 40.

Malheureusement, lors des délibérations parlementaires, il n'a pas été possible de trouver un accord avec le PLR, ni bien évidemment pas avec l'UDC. Ce manque d'assise parlementaire s'est finalement révélé fatal au projet lors de la votation de septembre 2017. Le groupe socialiste a regretté que les jeunes socialistes combattent ce projet, d'autant plus que le résultat du vote populaire sur les deux volets (AVS et TVA) était finalement très serré.

Organisation interne

Durant cette première moitié législature, les vice-président(e)s étaient Nadine Masshardt, Liliane Maury-Pasquier et Cédric Wermuth.

Le président siège ex officio à la présidence du parti socialiste suisse.

À relever que nous avons réformé le système de contribution des membres du groupe socialiste à la caisse du groupe, en introduisant un système qui tient compte du revenu global du parlementaire, mais pas de celui de son partenaire. Le niveau global des cotisations a été relevé de 10 % pour faire face aux défis.

Changement en cours de législature :

Samuel Bendahan suit à Cesla Amarelle (juin 2017)

Brigitte Crottaz suit à Jean Christophe Schwab (début 2018)

Ont renoncé à une nouvelle candidature :

Maria Bernasconi

Jacqueline Fehr

Andi Gross

Stéphane Rossini

Eric Voruz

Personnes non-réélues en 2015 :

Max Chopard

Ursula Schneider Schüttel

Andy Tschümperlin

Nouveaux élus aux élections de 2015 :

Conseil national :

Angelo Barrile

Tim Guldemann

Laurence Fehlmann Rielle

Min Li Marti

Mattea Meyer

Priska Seiler Graf

Conseil des Etats :

Daniel Jositsch

JUSO Schweiz

Jahres- und Delegiertenversammlungen

Am 12. und 13. März fand in Bern die Jahresversammlung 2016 statt. Anders als in vergangenen Jahren lag ein erster Höhepunkt der JUSO des Jahres (Spekulationsstoppinitiative) bereits hinter uns. Dennoch gaben die anstehenden Projekte und Kampagnen noch zu reden. So gab es Inputreferate zum Schnüffelstaat und der Konzerndiktatur. Weiter wurde das Positionspapier Antifaschismus ausgiebig und kontrovers diskutiert. Fabian Molina wurde im Amt des Präsidenten bestätigt, ebenso wie die restliche Geschäftsleitung. Als Vizepräsidentinnen wurden Hanna Bay und Muriel Waeger gewählt.

Die erste Delegiertenversammlung des Jahres fand am 23. April in Delémont statt. Haupttraktandum war die Neuwahl des Zentralsekretariats aufgrund des Rücktritts von Dario Schai. Nach einer herzlichen Verabschiedung und Verdankung des scheidenden Zentralsekretärs wurde im dritten Wahlgang Gian Luca Bonanomi zu seinem Nachfolger gewählt. Ausserdem wurde das Positionspapier Ökosozialismus beraten und verabschiedet.

Die Delegiertenversammlung vom 18. Juni in Zürich fand aufgrund des Rücktritts von Fabian Molina und der Neuwahl des Präsidiums als eine ausserordentliche Jahresversammlung statt. Bereits im ersten Wahlgang wurde Tamara Funciello als Fabian Molinas Nachfolge in das Präsidium gewählt. Kevin Buthey (Vize-Zentralsekretär) und Sebastian Werlen (freigewähltes GL-Mitglied) wurden im Anschluss als Nachfolger von François Clément und Hanna Bay gewählt. Des Weiteren wurde u.a. der Antrag der Geschäftsleitung auf die Lancierung einer neuen JUSO-Schweiz-Initiative angenommen.

Am 10. September fand in Schwyz die nächste Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz statt. Es wurde der Massnahmenplan zur Unterstützung und Förderung von Frauen* beraten und verabschiedet, ebenso das Menschenrechtspapier.

Die Delegiertenversammlung vom 5. November in Biel stand ganz im Zeichen der nächsten Initiative der JUSO Schweiz. In einem partizipativen Verfahren waren Sektionen und Mitglieder angehalten gewesen, eigene Projektvorschläge einzureichen. So kamen neun spannende Vorschläge zusammen, welche alle den anwesenden Delegierten präsentiert wurden. Nach mehrstündiger Debatte und drei Wahlgängen obsiegte schliesslich der Vorschlag aus dem Kanton Zürich: „Kapital statt Arbeit besteuern“. Ausserdem beendete Samira Marti ihr Engagement in der Geschäftsleitung. Lewin Lempert wurde zu ihrer Nachfolge gewählt.

Die letzte Delegiertenversammlung im 2016 fand am 12. Dezember in Basel statt. Neben der Wahl der Nachfolge von Sebastian Werlen standen die Verabschiedung eines thematischen Positionspapiers zur neuen JUSO-Initiative, eine Auftaktaktion für die USR-3-Gegenkampagne und die Beratung des YES-Kongress 2017 an. Als Nachfolge von Sebastian Werlen wurde Pascal Pajic gewählt.

Die Jahresversammlung 2017 fand am 11. und 12. März in Bern statt. An dieser wurde das Positionspapier «No Borders, No Nations» verabschiedet und Andrea Scheck und Gian Luca Bonanomi traten aus der Geschäftsleitung zurück. Neu gewählt wurden Jonas Eggmann als Geschäftsleitungsmitglied und Julia Baumgartner als Zentralsekretärin.

An der Delegiertenversammlung vom 6. Mai in Wohlen (AG) wurde die Parole zur AV2020 gefasst. Mit dem Nein hat die JUSO ihren konsequenten Feminismus auf eine parlamentarische Ebene gebracht. Ausserdem wurde auf die 99%-Initiative eingestimmt.

Am 1. Juli wurden in Liestal 10 Thesen zum Staat diskutiert, bevor es in die Sommerpause ging.

Die erste Herbst-DV fand am 3. September in Corpataux statt, wo die JUSO Virginia Koepfli aus der Geschäftsleitung verabschiedete. Für Virginia wurde Laura Riget gewählt. An dieser Versammlung wurden ausserdem feministische Anträge und ein Digitalisierungspapier diskutiert.

In Frauenfeld fand am 4. November eine sehr gut besuchte Delegiertenversammlung statt. Hier wurde Bertil Munk als Nachfolge von Giona Rinaldi gewählt. Ausserdem setzten sich die Delegierten mit der Situation in Venezuela auseinander und verabschiedeten dazu eine Resolution.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand dann in Langenthal statt. Nach einem Input von Chantal Gahlinger zu No Billag, wurden Ideen für die neuen 9 Generalstreikforderungen gesammelt und Kévin Buthey und Muriel Waeger beendeten ihr Geschäftsleitungs-Engagement. Neu in die Geschäftsleitung wurden Vera Diener und als Vize-Zentralsekretär Clément Borgeaud gewählt.

Kampagnen

Spekulationsstoppinitiative

Begonnen hat die JUSO im 2016 mit dem Abstimmungskampf für die Spekulationsstoppinitiative. Dutzende Aktionen wurden durchgeführt, hunderte von Stunden wurden auf der Strasse verbracht, Tausende Plakate aufgehängt und Hunderttausende von Flyer gesteckt. Das Resultat am 28. Februar: 40,1% Ja-Anteil und somit eins der besten Resultate Abstimmungsergebnisse von linken Initiativen der letzten Jahre.

Schnüffelstaat

Die im 2015 begonnene Kampagne zum Schnüffelstaat wurde 2016 weitergeführt. Im Sommer wurde für das Büpfer-Referendum gesammelt, das aber schon in der Sammelphase scheiterte. Im kam dann das Nachrichtendienstgesetz zur Abstimmung. Trotz Niederlage konnten viele Aspekte rund um die Überwachungsthematik beleuchtet werden. Ausserdem konnte sich die JUSO innerhalb dieser Thematik stark positionieren.

Konzerndiktatur

Immer grösser wird der Einfluss von multinationalen Unternehmen auf die Politik. Die Menschen können nicht mehr frei entscheiden, die Interessen der Grosskonzerne werden zunehmend als wichtiger erachtet. Gegen diese Tendenz hat die JUSO im 2016 die Kampagne gegen die Diktatur der Konzerne geführt und sich vehement gegen die multinationalen Abkommen TTIP und Tisa gewehrt. Höhepunkt dieses Kampfes war die Demonstration in Bern am 8. Oktober. Weiter hat die JUSO zusammen mit einem grossen Bündnis eine Petition eingereicht, mit dem Ziel solche Abkommen dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

99%-Initiative

Ende 2016 wurde das Thema der neuen JUSO-Initiative gewählt. Nach einem langen demokratischen Prozess mit Workshops haben die Delegierten entschieden, das Kapital direkt anzugreifen und zwar in Form einer Steuerinitiative. Kapital soll mit dem Faktor 1,5 besteuert werden. Der resultierende zusätzliche Gewinn, soll den Arbeiter*innen rückverteilt werden.

Am 4. Oktober 2017 wurde die 99%-Initiative endlich lanciert – wie es sich für die JUSO gehört mit einer kreativen Aktion. Bereits am Tag zuvor, wurde vor der Villa von Magdalena Martullo-Blocher gecamppt und am Tag darauf eine Pressekonferenz mit 99 Menschen aus dem Volk auf dem Bundesplatz abgehalten. Schüler, Maurer, Künstlerinnen, Ökonomen, Pflegerinnen sassen an einem langen Tisch und forderten eine gerechte Besteuerung von Kapitaleinkommen. Zwei Wochen später beschloss die SP an ihrer Delegiertenversammlung mit grosser Mehrheit die Unterstützung der Initiative. Seit der Lancierung sind die Mitglieder unermüdlich am Sammeln auf der Strasse, am Arbeitsplatz und in der Schule.

SP Frauen*

Gremien

- 20. Februar 2016: Rücktritt der Präsidentin der SP Frauen* **Yvonne Feri**. Die Leitung ad interim wird von **Cesla Amarelle**, der bisherigen Vizepräsidentin, übernommen.
- 2. Juli 2016: **Natascha Wey**, Zentralsekretärin des VPOD aus Zürich, wird zur Ko-Präsidentin der SP Frauen* gewählt. Sie bildet mit Cesla Amarelle das Ko-Präsidium. Auch die Zürcher Nationalrätin **Min Li Marti** in die Geschäftsleitung der SP Frauen* gewählt.
- 19. November 2016: neu in die Geschäftsleitung der SP Frauen gewählt werden **Nancy Lunghi** (TI), **Magdalena Padalski** (VD), **Virginia Köpfli** (Juso), **Andrea Blättler** und **Elena Flach**. Die neue Geschäftsleitung, besteht neuerdings, mit der Sekretärin, aus neun Mitgliedern.
- 2. September 2017: Verabschiedung von **Cesla Amarelle**, welche in den Regierungsrat des Kanton Waadt gewählt wurde und deshalb zurücktritt. Wahl von **Martine Docourt**, Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin der SP Neuenburg zur Ko-Präsidentin der SP Frauen* Schweiz.
- 25. März 2017: neue Mitglieder der Geschäftsleitung sind **Arzu Güngör** und **Elisabeth Clément-Arnold**.

Zentralsekretariat

25. März 2017: die neue Zentralsekretärin **Gabriela Rothenfluh** wird in ihrem Amt bestätigt.

Mitgliederversammlungen

- **20. Februar 2016 in Bern:** ausserordentliche Mitgliederversammlung der SP Frauen*. Rund 120 Anwesende.
- **2. Juli 2016 in Bern:** ausserordentliche Mitgliederversammlung der SP Frauen*. Rund 100 Anwesende. Im Zentrum steht die Zukunft der SP Frauen*. Zum einen mit der Wahl der neuen Ko-Präsidentin und einem neuen Mitglied der Geschäftsleitung. Zum anderen mit einer Anpassung der Statuten der SP Frauen* mit dem Ziel, die interne Demokratie zu stärken.
- **19. November 2016 in Bern:** Mitgliederversammlung, rund 60 Anwesende.
- **25. März 2017 in Bern:** Mitgliederversammlung, rund 60 Anwesende. Zustimmung zur Altersreform 2020. «Nach einer intensiven Diskussion überwogen bei einer Mehrheit der Mitglieder die Vorteile dieser Reform. Die vorbehaltlose Unterstützung der Reform war aber für alle Frauen* schwierig. Man war sich einig, dass die Reform einigen Frauen Fortschritte bringt, die Sanierung der AHV dennoch massgeblich über die Erhöhung des Frauenrentenalters finanziert wird».
- Verabschiedung einer Resolution zuhanden der DV der SP Schweiz, welche einen verstärkten Einsatz in der Gleichstellungspolitik fordert.
- **2. September 2017 in Bern:** Mitgliederversammlung, rund 50 Anwesende. Diskussion und Verabschiedung des «Manifest für eine konsequent feministische SP» welches anlässlich des 100-Jahre-Jubiläums der SP Frauen Schweiz verfasst wurde.

Themen

- 3. März 2016, Konsultation zum Lohngleichheitsgesetz: gemeinsame Stellungnahme SP und SP Frauen*.
- 8. März 2016, Medienmitteilung «Fokus auf Lohngleichheit und zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung».
- 30. März 2016, SP Frauen benennen sich um – in SP Frauen*
- 2. Juli 2016, Unterstützung der Volksinitiative AHV plus; Resolution für eine verbesserte Aufnahme von geflüchteten Frauen und für ein Ende jeglicher Form von sexueller Gewalt in der Schweiz. Ausserdem haben sich die SP Frauen* dafür ausgesprochen, dass die Frauenberatungsstellen, die aufgrund von Abbauprogrammen beim Bund bedroht sind, weitergeführt werden sollen.
- 19. November 2016, Unterstützung einer Resolution der Juso und der SP 60+, zur Altersvorsorge 2020. Die Reform soll nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden. Es werden Kompensationen für die Rentenaltererhöhung auf 65 Jahre gefordert. Die Resolution wird am Parteitag der SP Schweiz in Thun den Delegierten präsentiert.
- 25. März 2017, Unterstützung der Altersreform 2020.
- 14. Juni 2017, 25 Jahre nach Frauenstreik. Medienmitteilung und Aktion vor dem Bundeshaus.
- 23. Juni 2017, Symposium: Frauenrechte sind Menschenrechte. Mit Cesla Amarelle, Annette Hug, Simone Egger, Fanny de Weck und Natascha Wey. «Das Symposium soll historisch aufzeigen, wie wichtig internationales Recht für den Kampf um Frauenrechte war. Wir nehmen aktuelle Debatten auf: Ist ein universeller Anspruch der Frauenrechte sinnvoll? Wofür stehen wir ein in Zukunft? Weiter werden wir am Beispiel der anstehenden «Landesrechts-Völkerrechtsinitiative» aufzeigen, dass Frauenrechte durch die Kündigung der EMRK in Gefahr sind.»
- 14. Oktober 2017, Verabschiedung des «Manifest für eine konsequent feministische SP» an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz. Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hält fest: *«Feministische und Gleichstellungspolitik ist nicht „nur“ Sache der Frauen, sie ist ein Kerngeschäft der SP Schweiz!»*
- 3. November 2017, Fest 100 Jahre SP Frauen* - wir feiern und kämpfen weiter! *«Am 3. November wird gefeiert. Ab 17.30 ist der Progr in Bern offen für alle! Es erwarten euch ein spannendes Theaterstück, eine Podiumsdiskussion mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga, ein History-Corner mit Infos zur Frauengeschichte in der Schweiz und natürlich: Musik und Party. Die Band «Death Milly» und DJ Jane werden die Stimmung aufheizen und uns musikalisch durch den Abend begleiten. Und der eine oder andere SP-Mann wird euch an der Bar bedienen.»*

SP60+

SP60+ wächst !

In den fünf Jahren seit ihrer Gründung ist SP60+ immer noch dabei, sich als eigenständiges Organ innerhalb der SP Schweiz zu zeigen. Ohne spezielle Werbung hat die Mitgliederzahl von SP60+ stetig leicht zugenommen und liegt nun bei rund 1'800. Aber es fehlt an der Sichtbarkeit nach aussen. Oft wird SP60+ sogar innerhalb der Partei wenig wahrgenommen. Die Beachtung von aussen ist gleichermassen gering. Die Gründe dafür liegen nur teilweise an SP60+. Das mag vielmehr an einem längst überholten Altersbild, dass davon ausgeht, dass ältere Menschen nach der Pensionierung sich echt zur Ruhe setzen wollen. Wie auch immer, es ist das erklärte Ziel in den kommenden Jahren die Aussenwirkung von SP60+ zu verstärken.

Der Vorstand

Jede Kantonalpartei kann zwei Mitglieder in den Vorstand von SP60+ delegieren. Es ist erfreulich, dass es immer weniger „weisse Flecken“ gibt. In der deutschen Schweiz fehlen uns noch etliche Kantonsvertretungen. An den Vorstandssitzungen stehen die anstehenden eigenen Veranstaltungen zur Diskussion, die Delegiertenversammlungen und Parteitage der SP Schweiz werden vorbereitet, Vernehmlassungen besprochen sowie Informationen aus internen Arbeitsgruppen und den kantonalen SP60+ Organisationen ausgetauscht.

Die Mitgliederkonferenzen

Je im Mai 2016 und 2017 hat eine Mitgliederkonferenz stattgefunden. Neben den statutarischen Geschäften wurde auch ein inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt. 2016 wurde die Gesundheitspolitik thematisiert: Pflegefinanzierung und soziale Ungleichheit im Gesundheitswesen. 2017 stand Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdemokratie im Mittelpunkt. Die Konferenzen finden im Hotel National in Bern statt und es haben jeweils mehr als hundert Mitglieder teilgenommen.

Herbsttagungen

Im November 2016 fand in Luzern eine Tagung zum Thema «Öffentlicher Verkehr und öffentlicher Raum». Als FussgängerIn sich in unseren Städten zu bewegen ist meistens nicht sehr angenehm und zu oft auch gefährlich. Auch der öffentliche Verkehr, trotz des guten Niveaus, ist nicht ohne Probleme. SP60+ hat ihr Papier «Mobilität im öffentlichen Raum» präsentiert. In den Diskussionen wurde oft betont, wie die Qualität des öffentlichen Raums nicht nur eine Frage des Verkehrs ist. Unsere Strassen und Plätze sollten wieder der Raum der gesellschaftlichen Begegnungen und des gemeinsamen Lebens werden.

Im Herbst 2017, im Volkshaus Zürich, haben fast hundert Teilnehmende versucht, die verschiedenen Aspekte der Migration besser zu verstehen. Die lange und abwechslungsreiche Geschichte der Migration in der Schweiz wurde präsentiert und die verschiedenen «Facetten des Migrationsalltags» wurden mit dem Publikum diskutiert. Der Präsident der SP Migrant*innen Mustafa Atici hat über «Wurzeln in einem anderen Land und Altern in der Schweiz» gesprochen. «Wir sind alles Migrant*innen...» meint das SP60+Positionspapier zur Migration und spielt damit auf die immense Erfahrung und Kompetenz der Älteren in (politischen) Fragen der Migration an.

Arbeitsgruppen

- Die AG Sozialversicherungen und Sozialpolitik hat sich mit Altersarmut, der Teilrevision des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen, der Initiative AHVplus und der Reform der Altersversorgung AV2020 beschäftigt.
- Die AG Gesundheitspolitik fordert eine ganzheitliche Sicht zum Alter und zur Gesundheitsversorgung: Pflege und Betreuung gehören zusammen, inklusiv Prävention. Die AG hat sich

als Schwerpunktthema der Bericht des Bundesrates zur Langzeitpflege gesetzt. Zudem verfolgte sie die aktuellen politischen Themen im Gesundheitswesen wie die Evaluation der neuen Pflegefinanzierung so wie das neue Tarifsysteem für die Psychiatrie. Die AG verfolgt die aktuelle Entwicklung der Gesundheitspolitik und die Auswirkungen der rigorosen Sparpolitik in den Kantonen.

- Die AG Wohnen musste sich zuerst über die weitere Entwicklung bei der von SP und Mieterverband eingereichten Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ins Bild setzen. Gegen Ende Jahr war eine Grobfassung eines Papiers beieinander, der in den wichtigen Themen die wesentlichen Sachverhalte herausarbeitete und im Schlusskapitel für SP-Aktive auf allen Ebenen der Politik Empfehlungen abgab. Das Papier wird am Herbstanlass 2018 in Basel präsentiert.
- Die AG PS60+ Suisse Romande hat erfolgreich versucht weitere Kantone zu einer aktiven Mitarbeit zu bewegen. 2016 hat man zum ersten mal die Präsenz vieler Romands an der Mitgliederkonferenz bemerken können. 2017 hat die AG angefangen, die Vorstandssitzungen vorzubereiten.
- Die AG Planung hat anfangs 2016 die Arbeit aufgenommen. Die insgesamt fünf Mitglieder bereiten die Delegiertenversammlungen der SP Schweiz z.Hd. des Vorstands sowie die Vorstandssitzungen von SP60+ vor. Gleichzeitig gestalten sie, unter jeweiligem Beizug von einer Fachperson, den thematischen Teil der Mitgliederkonferenz sowie den Herbstanlass. Die Gruppe unterstützt und entlastet massgeblich das Co-Präsidium von SP60+.

European Senior socialist Organisation (ESO)

An der Vollversammlung vom Juni 2016 in Bruxelles wurde SP60+ als Mitglied von ESO aufgenommen. Und es wurde das «First preliminary outline of a European Pillar of Social Rights» präsentiert. An der Vollversammlung von November 2016 in Bruxelles wurden der neue Präsident Jos Bertrand aus Belgien (von S-Plus) und die neuen Vizepräsidentinnen Györgyi Némethné Jankovics aus Ungarn und unsere Co-Präsidentin Marianne de Mestral gewählt. Die Mitarbeit im ESO ist als sehr wertvoll zu beurteilen: die Kontakte mit den Schwester-Organisationen und mit den Vertretern von PES zeigen uns, dass die Probleme der Alters- und sozialen Politik nicht viel anders sind als in der Schweiz.

Aktionen und Kommunikation

Die konkrete politische Tätigkeit von SP60+ geschieht wesentlich auf kantonaler und lokaler Ebene. Auf nationaler Ebene ist SP60+ mit Antworten auf Vernehmlassungen und mit Beiträgen in den SP-Medien präsent. Im August wurde in Bern ein sehr gut besuchter und geschätzter Nachmittag mit Bundesrat Alain Berset und alt Bundesrätin Ruth Dreifuss über die AV2020 organisiert. Vier mal im Jahr wird eine Newsletter elektronisch verteilt, die die Mitglieder über Aktivitäten und Positionen von SP60+ informiert.

Marianne de Mestral und Carlo Lepori, Co-Präsidium von SP60+

SP MigrantInnen

A. Kampagnen

1. Kampagne gegen die Durchsetzungsinitiative (Feb. 2016)

Die Kampagne gegen die Durchsetzungsinitiative war die bisher grösste und erfolgreichste Kampagne der SP MigrantInnen. Die Mitglieder der SP MigrantInnen verteilten zusammen mit rund 60 Partnerorganisationen (Schweizer Sektionen von Schwesterparteien, Kultur- und andere Diasporavereine) gegen 100'000 Flyer in zwölf Sprachen. Diese erläuterten mit Piktogramm, wie man an einer Abstimmung teilnehmen kann. Auf dem Flyer warben ferner je drei in den Communities breit bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Kultur mit Foto und Testimonial für das Nein. Die zwölfsprachig geführte Medienkonferenz richtete sich an Publikationen in Nicht-Landessprachen. Rund 50 Monatszeitschriften, Fernsehstationen und andere Medien der verschiedenen Communities berichteten und verstärkten die Kampagne in den Social Media. Diese Breitenwirkung bewies die Tragfähigkeit des in vierjähriger Aufbauarbeit geknüpften Beziehungsnetzes der SP MigrantInnen, denn all dies war nur möglich, weil Personen mit einer starken Verankerung sowohl in der SP als auch in einer der Sprachgemeinschaften sich dafür engagiert haben.

2. Kampagne für die Asylgesetzrevision (Juni 2016)

Die Kampagne für die Asylgesetzrevision knüpfte an die DSI-Kampagne an. Erneut verteilten die SP MigrantInnen zahlreiche Flyer in zwölf Sprachen und waren in den Social Media präsent. Vom Umfang her erreichte die Kampagne nicht die gleiche Breitenwirkung wie die DSI-Kampagne.

3. Einbürgerungs-Kampagne (seit August 2016)

Die Einbürgerung war eines der beiden Hauptthemen an der Jahreskonferenz vom 11. Juni 2016. Sie verabschiedete eine Resolution, welche die SP MigrantInnen Ende Juni auch der DV der SP Schweiz vorlegte. Sie bildete die Grundlage für den Einbürgerungsauftrag vom 1. August 2016. Die SP MigrantInnen bauten ein Netz von über 60 EinbürgerungsberaterInnen in allen Kantonen auf. Dieses Netzwerk stärkte die Präsenz der SP MigrantInnen vor Ort. Hunderte nahmen das Beratungsangebot in Anspruch. Noch immer treffen Anfragen ein. Der provisorische Vorstand der SP MigrantInnen stellt Mustervorstösse zur Verfügung. Sie sollen Druck machen, damit Kantone und Gemeinden die Information der Einbürgerungsberechtigten verbessern. Zudem mobilisierten die SP MigrantInnen erneut mit Flyern in zwölf Sprachen für ein JA zur erleichterten Einbürgerung am 12. Februar 2017. Einen Monat vor der Abstimmung wandte sich eine Medienkonferenz in zahlreichen Sprachen an die Schweizer- und Diaspora-Medien und lösten damit ein erfreulich breites Echo aus. Im Verlauf des Jahres 2017 machten die SP MigrantInnen Kampagne, damit einbürgerungsfähige Personen mit B-Bewilligung noch ihre Gesuche einreichen, weil dies ab 2018 nicht mehr möglich ist. Dies führte dazu, dass es kurz vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes gab nochmals ein grosses Bedürfnis nach Unterstützung. Seither sind die Anfragen stark zurückgegangen.

4. Kampagne für Arbeitsmarktintegration (seit August 2016)

Zweites grosses Thema an der Jahreskonferenz vom 11. Juni 2016 betraf das Recht auf Arbeit. Fachpersonen zeigten auf, warum Personen mit Migrationshintergrund im Arbeitsmarkt untervertreten sind und mit welchen Massnahmen ihre Arbeitsmarktintegration verbessert werden kann. Die Jahreskonferenz verabschiedete eine ausführliche Resolution. Gestützt darauf erarbeitete der provisorische Vorstand drei Mustervorstösse für kantonale und kommunale Parlamente. Diese Kampagne wurde 2017 fortgeführt.

B. Organisation

1. Verankerung der SP MigrantInnen in den Statuten der SP Schweiz

Der SP Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 anerkannte die SP MigrantInnen als Organ und stufte sie in den Statuten der SP Schweiz auf gleicher Stufe wie die SP Frauen und SP 60+ ein. Damit anerkannten die Delegierten die erfolgreiche Aufbauarbeit der SP MigrantInnen Schweiz. Am 24. Februar 2017 genehmigte die Geschäftsleitung der SP Schweiz ferner das von der Jahresversammlung der SP MigrantInnen vorgeschlagene Reglement. Es regelt die interne Organisation und legt die Zuständigkeiten fest. Die Jahresversammlung 2017 konnte damit erstmals auf der Grundlage klarer statutarischer und reglementarischer Grundlagen durchgeführt werden.

2. Aufbau kantonalen Sektionen

In verschiedenen Kantonen wie Aargau, Basel-Stadt, Bern, Solothurn, St. Gallen, Valais romand und Zürich haben sich kantonale Sektionen der SP MigrantInnen gegründet. In weiteren Kantonen wie Baselland, Luzern, Schaffhausen, Thurgau und Zug wird daran gearbeitet. Das Präsidium unterstützt diese Aufbauarbeit durch persönliche Beratung; zudem wurde ein Leitfaden zum Aufbau von kantonalen Sektionen erarbeitet. Kleinere Kantonalparteien haben beschlossen, keine formalen Sektionen der SP MigrantInnen aufzubauen, aber für die Anliegen der SP MigrantInnen verantwortliche Kontaktpersonen zu wählen. Die Jahreskonferenz 2017 konnte aus nahezu allen 26 Kantonalparteien verantwortliche Delegierte oder Kontaktpersonen wählen.

3. Vorstand

Der Vorstand der SP MigrantInnen traf sich 2016 zu zwei Sitzungen (9. April und 22. Oktober) und 2017 zu drei Sitzungen (18. Februar, 9. September und 18. November). Indem der Vorstand aus allen Kantonalparteien je zwei Delegierte sowie aus den Schweizer Sektionen von Schwesterparteien und befreundeten Diaspora-Organisationen je einen Delegierten umfasst, erweiterte er sich de facto zu einer Delegiertenkonferenz. Diese diskutierte und beschloss die erwähnten Kampagnen, wählte die Delegierten in die SP Gremien und setzte drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Mehrfache Staatsbürgerschaft“, „Racial Profiling“ und „Religion und Gesellschaft“ ein. (Deren Positionspapiere konnten an der Jahreskonferenz 2018 verabschiedet werden.)

4. Präsidium

Das Präsidium traf sich 2016 und 2017 je zu drei Sitzungen. Diese dienten insbesondere der Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Vorstandssitzungen. Der Präsident, Mustafa Atici, war zu verschiedenen Anlässen in den Medien präsent und ist bei JournalistInnen inzwischen eine gut bekannte Ansprechperson zu Themen rund um Migration und Integration.

Präsident: Mustafa Atici

Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch

Projektleiter: Simon Roth, simon.roth@spschweiz.ch

Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé

2 mars 2016

La commission spécialisée s'est penchée sur la nouvelle loi sur les produits du tabac, qui devait renforcer la protection des enfants et des jeunes contre le tabagisme et était censée remplacer la réglementation en vigueur actuellement au sein de la loi sur les denrées alimentaires. A cet égard, la commission a entendu MM. Roland Charrière, directeur adjoint de l'OFSP et Michael Anderegg de l'unité de direction Protection des consommateurs à l'OFSP sur le contenu de feu la nouvelle loi. M. Bruno Meili, président de l'Association suisse pour la prévention du tabagisme, est venu présenter les lacunes de la loi d'un point de vue des milieux préventifs.

14 septembre 2016 et 1^{er} mars 2017

La réforme de la « Prévoyance vieillesse 2020 » était considérée comme l'un des projets les plus importants de la législature 2015-2019. En conséquence, la commission s'y est penchée à deux reprises durant la période considérée. Durant la première séance, le 14 septembre 2016, la commission a examiné les conséquences pour les femmes du projet de réforme. Pour ce faire, Mme. Colette Nova, Vice-directrice de l'OFAS a présenté l'état des lieux de la réforme après le passage à la CSSS-N. Le Prof. Dr. Robert Fluder et le Prof. Renate Salzgeber de la Haute école spécialisée bernoise ont ensuite présenté les conclusions principales de l'étude « Ecart de rentes en Suisse. Différences entre les rentes de vieillesse des femmes et des hommes ».

A la deuxième séance, le 1^{er} mars 2017, M. Jürg Brechbühl, Directeur de l'OFAS, a exposé l'état des lieux de la réforme et décrit les forces et faiblesses des différents modèles de compensation de la baisse du taux de conversion dans la prévoyance professionnelle. Mme. Doris Bianchi, à l'époque encore Adjointe du premier secrétaire de l'USS, a expliqué la position des syndicats et démontré dans quelle mesure le modèle du Conseil des Etats et la compensation au travers de l'AVS étaient meilleurs.

31 mai 2017

La mise en œuvre de la Convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées a retenu toute l'attention de la commission durant la quatrième séance de la période observée. Le Prof. Markus Schefer de l'Université de Bâle a donné son avis sur l'état de la mise en œuvre. Mme. Caroline Hess-Klein du Département Egalité à Inclusion Handicap a présenté le rapport occulte du Comité de l'ONU des droits des personnes handicapées, rapport dont elle est co-auteure. Enfin, M. Islam Alijaj de l'association selbstbestimmung.ch a porté à la connaissance de la commission la résolution du PS Suisse « Plan d'action sur le thème de l'égalité des personnes handicapées », dont il a été l'auteur.

13 septembre 2017

La réforme des prestations complémentaires a constitué le point fort de la dernière séance de la commission dans la période observée. Mme. Nadine Schüpbach du domaine AVS/APG/PC de l'OFAS a dressé l'état des lieux de la réforme. Cette présentation a été suivie de deux prises de position. La première a été livrée par Mme. Petra Kern, cheffe du département assurances sociales d'Inclusion Handicap. La seconde prise de position était issue du PS60+ représenté par M. Hansjörg Rohner, membre du groupe de travail du PS60+ en matière de politique sociale.

*Co-présidence : Silvia Schenker, Rebecca Ruiz
(depuis 2017)*

Secrétaire politique : Jacques Tissot

Fachkommission Verkehr und Kommunikation

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 9 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Sitzung vom 7. März 2016 zum Thema „Wie können wir den Service Public effektiv stärken?“ Chancengerechtigkeit bei Zugang und Preisen, hochstehende Qualität in allen Regionen und flächendeckende Verfügbarkeit sind zentrale Elemente, für die die SP beim Service Public einsteht. Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 5. Juni 2016 über die so genannte pro Service Public-Initiative befasste sich die Kommission mit den Errungenschaften des Service public und der Frage, wie diese gestärkt werden können. Als Fachperson anwesend war Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs bei Swisscom.

Sitzung vom 6. Juni 2016 zum Thema „Mobilität 4.0“. Die Kommission befasste sich mit der Digitalisierung bei der Mobilität. Im Zentrum stand die Frage, welchen Nutzen Innovationen im Verkehrsbereich haben und wie sie Lebens- und Arbeitsumfeld, Umwelt, Raumplanung, Transport oder Logistik beeinflussen. Als Fachleute anwesend waren Peter Grütter und Christian Grasser, Präsident bzw. Geschäftsführer ASUT, Sigrid Pirkelbauer, Bereichsleiterin Verkehrs- und Innovationsmanagement ASTRA, Stephan Osterwald, Innovations- und Technologiemanagement SBB sowie Hermann Spiess, Dipl. Ing. Agr. ETH.

Sitzung vom 19. September 2016 zum Thema „Medialer Service public“. In seinem Bericht zum Service public hat der Bundesrat bekräftigt, dass er am Modell eines starken Service public-Anbieters, der durch private Radio- und Fernsehveranstalter ergänzt wird, festhalten will. Von der SRG wird erwartet, dass ein verstärkter Dialog mit der Öffentlichkeit stattfindet. Die SP unterstützt diese Haltung. Im Kontext des Gesetzes über elektronische Medien wird die SP auch die direkte Medienförderung wieder aufgreifen und in der Kommission fand ein erster Austausch dazu statt. Als Fachleute anwesend waren Matthias Künzler, Leiter Forschung HTW Chur, Niggi Ulrich, Vizepräsident SRG Deutschschweiz sowie Peter Wanner, Verleger AZ Medien.

Sitzung vom 5. Dezember 2016 zum Thema „Zukunft der Post als Service public-Unternehmen“.

Die Post hatte angekündigt, bis 2020 bis zu 600 der noch existierenden 1400 Poststellen zu schliessen bzw. in Agenturen umzuwandeln. Damit verbunden ist das Risiko eines Leistungsabbaus und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Fachkommission hat sich grundlegend mit der Post als Service public-Unternehmen beschäftigt und sich Gedanken dazu gemacht, wie ein zeitgemässes Angebot aus SP-Sicht aussieht. Als Fachleute anwesend waren Daniel Münger, Leiter Sektor Logistik Syndicom, Annette Scherrer, Leiterin Sektion Post im BAKOM sowie Hans Werder, VR Swisscom.

Sitzung vom 6. März 2017 zum Thema „Strategisches Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur“. Im Zentrum der Sitzung stand die Vernehmlassung zum Ausbauschnitt STEP 2030/35. Die Kommission befasste sich mit dem Stand der Planung und der Frage der Prioritätensetzung. Ziel war, im Hinblick auf die Vernehmlassung Erwartungen zu formulieren und zu diskutieren, wie das Bahnsystem Schweiz aus SP-Sicht weiterentwickelt werden sollte. Für Input und Diskussion anwesend waren Anna Barbara Remund, stv. Direktorin BAV und Christa Hostettler, Generalsekretärin KÖV.

Gemeinsame Sitzung der Fachkommissionen „Frieden und Sicherheit“ sowie „Verkehr und Kommunikation“ vom 2. Mai 2017 zum Thema „Cybersicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen“. Angesichts der Bedeutung kritischer Infrastrukturen bei Telekommunikation, Wasserversorgung oder Bahn haben sich die Fachkommissionen mit den Risiken in diesem

Bereich beschäftigt. Dabei ging es u.a. um folgende Fragen: Wie sind kritische Infrastrukturen vor Cyberangriffen geschützt und ist die Zusammenarbeit aller Akteure umfassend gewährleistet? Als Fachleute anwesend waren Nick Wenger, Leiter Geschäftsstelle Schutz kritischer Infrastrukturen VBS, Rainer Mühlberger und Reto Amsler, Leiter Technology bzw. Leiter Cyber Security bei Swissgrid sowie Gérald Vernez, zuständig für Cyber in der Führungsunterstützungsbasis der Armee.

Sitzung vom 12. Juni 2017 zum Thema „Fernverkehrskonzession Bahn“. Die umstrittene Frage der Vergabe der Fernverkehrskonzession wurde in der Fachkommission unter dem Gesichtspunkt diskutiert, was Chancen und Risiken sind, wenn Linien des Fernverkehrs neu zwischen SBB, BLS und SOB aufgeteilt würden und welche Rolle das Bundesamt für Verkehr als Konzessionsbehörde spielt. Für Input von und Diskussion anwesend waren Peter Füglistaler, Direktor BAV, Christa Hostettler, Generalsekretärin KöV sowie Paul Schneeberger, NZZ-Redaktor.

Sitzung vom 18. September 2017 zum Thema „Medien - mehr Dialog und Transparenz“. Im Vorfeld der Abstimmung zur „No Billag-Initiative“ hat sich die Kommission mit der Frage befasst, was zum medialen Service Public gehört. Genauer beleuchtet wurden die Themen Public Value-Test, Mitbestimmung und Transparenz. Dabei wurde die Frage vertieft, welche Rolle die SRG zusammen mit der Trägerschaft spielen könnte, um eine Weiterentwicklung des Service public im Dialog mit der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Als Fachleute anwesend waren Matthias Künzler, Forschungsleiter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur und Andreas Schefer, Verwaltungsrat SRG.

Sitzung vom 4. Dezember 2017 zum Thema „Revision Fernmeldegesetz“. Die Fachkommission hat sich mit der Botschaft des Bundesrats befasst, die u.a. vorsieht, dass die Entbündelung der „letzten Meile“ technologieneutral geregelt werden soll, wenn dies für den Wettbewerb notwendig erscheint. In der Kommission wurde die Frage vertieft, wie eine flächendeckende Breitband-Infrastruktur bereitgestellt und wie Investitionssicherheit, vor allem in ländlichen Gebieten, sichergestellt werden kann. Für Input und Diskussion anwesend waren Franz Stampfli, Präsident openaxs, Fredy Künzler, CEO Init7 sowie Stefan Nünlist, Leiter Unternehmenskommunikation Swisscom.

Präsidentin: Edith Graf-Litscher bis Dezember 2017 (ab Februar 2018: Philipp Hadorn)

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission Umwelt, Raumplanung und Energie

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 6 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Sitzung vom 17. März 2016 zum Thema „Klimapolitik national und international“. Im Zentrum der Sitzung stand das Klimaübereinkommen von Paris. In der Fachkommission wurde diskutiert, welche Massnahmen nötig sind, um dessen Ziele zu erreichen und wie es möglich werden kann, dass die Schweizer Energieversorgung bis 2050 vollständig auf erneuerbaren Quellen beruht. Zudem interessierte die Frage, wie die Schweiz ihren fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten kann, ohne dass dies auf Kosten der Entwicklungshilfe geht. Für Input und Diskussion anwesend war Patrick Hofstetter, Leiter Abteilung Klima und Energie beim WWF.

Sitzung vom 16. Juni 2016 zum Thema „Rentabilität der Wasserkraft und Atomausstieg“. Im Zentrum der Sitzung stand die Frage, wie ein rascher Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft, die ein grosses Verlustgeschäft für die Gesellschaft darstellt, möglich wird. Gleichzeitig diskutiert wurde die Frage, wie eine langfristig wirksame Förderung der erneuerbaren Energien im Allgemeinen und der einheimischen Wasserkraft im Besonderen aussehen muss mit dem Ziel, Investitionssicherheit zu schaffen. Als Fachperson anwesend war Eric Nussbaumer, Nationalrat SP BL.

Sitzung vom 29. September 2016 zum Thema „Initiative zum geordneten Atommausstieg“. Im Zentrum der Sitzung stand die Abstimmung vom 27. November über die Volksinitiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie“. Die Fachkommission setzte sich mit der Initiative und der Frage auseinander, wie sich das Anliegen in die breite Bevölkerung tragen lässt und mehrheitsfähig wird. Für Input von und Diskussion anwesend war Kaspar Schuler, Geschäftsleiter Allianz Atommausstieg.

Sitzung vom 16. März 2017 zum Thema „Klimapolitik“. Die Ratifikation des Pariser Klimaübereinkommens, die Revision des CO₂-Gesetzes sowie die internationale Klimafinanzierung sind Fragen, die die SP intensiv beschäftigen. Ziel der Sitzung war es deshalb, eine Übersicht zu erhalten, wo die einzelnen Geschäfte stehen, wie sie miteinander verknüpft sind, was die Positionen der SP sein sollten und wie es gelingen kann, Mehrheiten zu schaffen. Als Fachleute anwesend waren Beat Jans, Nationalrat SP BS sowie Georg Klingler, Leiter Klima bei Greenpeace.

Sitzung vom 15. Juni 2017 zum Thema „Förderung Wasserkraft und Wasserzinsen“. Die Kommission hat die Frage diskutiert, wie eine Wasserkrafftförderung aussieht, die die Energiewende voranbringt und dem Gemeinwohl dient. Im Zentrum der Diskussion standen die Marktprämie für bestehende Grosswasserkraft sowie die Frage, ob die Grundversorgung zu 100 % erneuerbar sein soll bzw. mit welchen gesetzlichen Vorgaben dieses Ziel erreicht werden kann. Für Input und Diskussion anwesend waren Silva Semadeni, Nationalrätin SP GR sowie Ronny Kaufmann, CEO Swisspower AG.

Gemeinsame Sitzung der Fachkommissionen Wirtschaft und Finanzen sowie Umwelt, Energie und Raumplanung vom 27. September 2017 zum Thema „Sauberer Finanzplatz“. Im Zentrum der Diskussion standen u.a. folgende Fragen: Werden ökologische Finanzrisiken richtig erfasst? Braucht es Klimaschutzauflagen für institutionelle Anleger und die SNB? Was müssten Banken oder Pensionskassen tun, damit es für die Kundinnen und Kunden einfacher wird, nachhaltig anzulegen? Für Inputs und Diskussionen anwesend waren Amandine Favier, Senior Advisor Sustainable Finance beim WWF, Christian Kobler, VR-Präsident Forma Futura Invest, Michael Waldburger, Finma-Generalsekretär sowie Manuel Rybach, Global Head Public Affairs and Policy bei Credit Suisse.

Präsidentin: Barbara Marty Kälin bis Dezember 2017 (ab Februar 2018: Silva Semadeni)

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission Wissenschaft, Bildung und Kultur

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 7 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Sitzung vom 7. März 2016 zum Thema „Lohngleichheit“. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist seit 1981 in der Bundesverfassung verankert. Das Gleichstellungsgesetz von 1996 hält fest, dass für gleichwertige Arbeit gleicher Lohn bezahlt werden muss. Trotz dieser Vorgaben ist die Lohngleichheit in der Schweiz noch immer nicht Realität. Die Fachkommission verschaffte sich einen Überblick über das Thema und identifizierte politische Handlungsmöglichkeiten. Als Fachpersonen für Input und Diskussion anwesend waren Claudio Marti, Experte in Lohngleichheitsfragen sowie Anita Balz, Zentralsekretärin SP Frauen Schweiz.

Sitzung vom 14. Juni 2016 zum Thema „Harmonisierung im Bildungswesen“. Die Kantone haben im Hinblick auf die gemäss Artikel 62 Absatz 4 BV zu harmonisierenden Eckwerte (Schuleintritt, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen, Anerkennung von Abschlüssen) das Harnos-Konkordat beschlossen. Die Kommission befasste sich mit der Frage, wie weit die Harmonisierung fortgeschritten ist und wie es bezüglich der Koordinationsbemühungen aussieht, insbesondere beim Sprachunterricht. Als Fachleute anwesend waren Susanne Hardmeier, stv. Generalsekretärin EDK sowie Hans Zbinden, Bildungsexperte.

Sitzung vom 19. September 2016 zum Thema „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in das Bildungssystem“. In der Kommission ging es um die Frage der gelungenen Integration von Kindern in die obligatorische Schule. Weiter wurde ein Einblick in die Pilotprojekte Genf und Basel in Bezug auf die Integration von Flüchtlingen in die Hochschulen vermittelt. Für Input und Diskussion anwesend waren Susanne Hardmeier, stv. Generalsekretärin EDK, Mathieu Crettenand, Koordinator des Pilotprojekts Genf sowie Tarek Nassour, Teilnehmer am Pilotprojekt Genf.

Sitzung vom 5. Dezember 2016 zum Thema „Bildung unter Spardruck“. Der Spardruck sowohl auf Bundes- als auch auf kantonaler Ebene und die damit verbundenen negativen Folgen für die Bildung standen im Zentrum der Sitzung. Die Kommission befasste sich mit der Frage, was die Auswirkungen auf Angebot und Qualität der Bildung, die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen sind. Als Fachleute anwesend waren Jean-Marc Haller, Generalsekretär Westschweizer Lehrerverband, Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband sowie Theo Ninck, Leiter Mittelschul- und Berufsbildungsamt.

Sitzung vom 6. März 2017 zum Thema „Politische Bildung von Kindern und Jugendlichen stärken“. Die Kommission befasste sich mit der Frage, wie politische Bildung gestärkt werden kann. Kinder und Jugendliche sollen die Chance haben, mündige und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger zu werden. Den Schulen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Der Bericht des Bundesrats „Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II“ kommt insgesamt zu einem positiven Ergebnis, zeigt aber auch Handlungsbedarf auf, beispielsweise, was die Unterschiede bei den Lehrplänen angeht. Als Fachpersonen anwesend waren Olivier Maradan, Generalsekretär CILP sowie Annina Grob, Geschäftsleiterin ad interim SAJV.

Sitzung vom 6. Juni 2017 zum Thema „Unterricht in einer zweiten Landessprache“. In einem mehrsprachigen Land kommt dem Sprachenunterricht und dem Austausch über die Sprachgrenzen grosse Bedeutung zu. Die Kommission erörterte Möglichkeiten, wie die Mobilität gefördert werden könnte, um damit auch einen Beitrag dazu zu leisten, Ziele und Dauer der Schulbildung zu harmonisieren, wie es Harnos vorsieht. Als Fachpersonen anwesend waren Olivier Tschopp, Direktor nationale Agentur Movetia sowie Susanne Hardmeier, Generalsekretärin EDK.

Sitzung vom 18. September 2017 zum Thema „Integration und Chancengerechtigkeit in der Volksschule“. Die SP fordert gleiche Bildungschancen für alle. Voraussetzungen dafür sind die optimale Tragfähigkeit der Regelschule sowie ein inklusives Pädagogikverständnis. Ausgehend von dieser Prämisse wurden in der Kommission u.a. folgende Fragen vertieft: Wo steht die integrative Schule heute? Wie ist es um die Integration der Kinder mit besonderen Bedürfnissen bestellt? Wie sieht es mit den Ressourcen aus und welche Rahmenbedingungen brauchen Lehrkräfte? Als Fachperson anwesend war Katrin Meier, Präsidentin VPOD Sektion Lehrberufe Zürich.

Präsident: Mathias Reynard bis Dezember 2017 (ab Februar 2018: Martina Munz)

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission für Migration und Integration

Die Fachkommission hat aufgrund der geringen Sitzungspräsenz von interessierten Mitgliedern in den Jahren 2014 und 2015 ihre Arbeit in den Berichtsjahren 2016 und 2017 sistiert.

Auf Anfang 2018 wurde diese Fachkommission erfreulicherweise wieder aktiviert: An der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 24. Februar wurde Cédric Wermuth, Nationalrat Aargau und Mustafa Atici, Präsident der SP Migrant/innen, als neue Co-Präsidenten gewählt.

Das neue Co-Präsidium hat beschlossen, in Zukunft jeweils viermal jährlich Sitzungen dieser Fachkommission durchzuführen, was im März und Juni 2018 auch bereits zu den Themen „Wie die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen voranbringen?“ resp. „Einbürgerung: Welche neuen Forderungen nach Einführung der erleichterten Einbürgerung dritte Generation?“ mit erfreulich vielen Teilnehmenden umgesetzt wurde.

*Co-Präsidenten: Cédric Wermuth und Mustafa Atici
Politischer Fachsekretäre: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch und Claudio Marti,
claudio.marti@spschweiz.ch*

Fachkommission für Staat und Recht

Die Fachkommission hat ihren regelmässigen Sitzungsturnus aufgrund geringer Teilnahme seitens der Mitglieder und Interessierten vorläufig eingestellt. Das Präsidium ist derzeit vakant, das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren.

Präsidium: vakant

Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch

Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

An der ersten Sitzung der Fachkommission im März 2016 stand der Rückblick auf die gewonnene Abstimmung über die CVP-Ehe-Initiative im Zentrum. Diese Initiative wollte u.a. die Ehe als auf Dauer angelegte Verbindung zwischen Mann und Frau in der Bundesverfassung verankern und somit die Möglichkeit einer Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare verunmöglichen. Die Mitglieder der Fachkommission zeigten sich erfreut über die gewonnene Abstimmung, kamen allerdings zum Schluss, dass aufgrund des bloss sehr knapp ablehnenden Resultats (50.8% NEIN-Stimmen) bei den weiteren Schritten in Richtung der Ehe für alle behutsam und strategisch vorsichtig vorgegangen werden soll. Des Weiteren wurde an dieser Sitzung die Arbeitsgruppe Gleichstellung der SP Frauen Schweiz vorgestellt und über mögliche Synergien mit der Fachkommission diskutiert.

An der zweiten Sitzung im September 2016 stand die Revision des Adoptionsrechts im Zentrum, welche neu u.a. auch die Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare ermöglicht. Dabei fand ein Austausch über die Gestaltung eines möglichen Abstimmungskampfes statt. Erfreulicherweise blieb diese Planung obsolet, da das gegen das neue Adoptionsrecht ergriffene Referendum nicht zustande kam und die Vorlage somit per Anfang Januar 2018 in Kraft treten konnte. Weiter wurde an dieser Sitzung über den Bericht des Bundesrates zum Diskriminierungsrecht diskutiert. Die Mitglieder der Fachkommission bedauerten, dass der Bundesrat einige wertvolle Empfehlungen aus der Studie des schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte wie z.B. die Einführung eines privatrechtlichen Diskriminierungsschutzes, nicht weiterverfolgte.

Auf die Gesamterneuerungswahl vom April 2017 traten die beiden bisherigen Co-Präsident/innen Margret Kiener Nellen und Alan David Sangines zurück. Neu gewählt wurden Angelo Barrile, Nationalrat aus Zürich und Barbara Lanthemann, Präsidentin der SP Unterwallis. Nach dem darauf folgenden Wechsel des zuständigen politischen Fachsekretärs von Carsten Schmidt zu Claudio Marti fand die erste Sitzung der Fachkommission mit neuer Besetzung im September 2017 statt. Dabei wurde entschieden, die Sitzungen der Fachkommission zweimal jährlich durchzuführen (jeweils Frühling und Herbst) sowie vermehrt auch Referent/innen Expert/innen aus Verwaltung und nahestehenden Organisationen einzuladen. Die Zusammenarbeit mit nahestehenden Organisationen soll intensiviert werden. Als ein zentrales Thema für die nächsten Jahre soll die Vorlage „Ehe für alle“ diskutiert werden, was in der erfreulich gut besuchten Sitzung vom März 2018 mit dem zuständigen Experten des Bundesamtes für Justiz auch bereits so umgesetzt wurde.

*Co-Präsident/innen : Angelo Barrile und Barbara Lanthemann
Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch*

Fachkommission Wirtschaft und Finanzen

Die vierteljährlichen Treffen der wirtschafts- und finanzpolitischen Fachkommission bringen regelmässig ExpertInnen aus der Privatwirtschaft, Verwaltung wie auch der Wissenschaft mit den Wirtschafts- und FinanzpolitikerInnen der Partei und Fraktion zusammen.

Die Fachkommission Wirtschaft und Finanzen hat sich 2016 vornehmlich mit der Frankenstärke und der SNB-Politik sowie deren Folgen für den Wirtschafts- und Produktionsstandort beschäftigt. Dabei wurden die langfristigen Auswirkungen der Negativzinspolitik der SNB diskutiert und Ausstiegsszenarien entworfen (Einführung eines neuen Mindestkurses). In weiteren Sitzungen hat sich die Fachkommission über die Enthüllungen im Zusammenhang mit den Panama-Papers gebeugt und die Lücken in der Schweizer Gesetzgebung im Bereich der Geldwäscherei identifiziert. Schon zu diesem Zeitpunkt war für die SP-Fraktion klar, dass man auch Anwälte und Notare, die am Aufbau von Steuerfluchtkonstruktionen (Stiftungen, Trusts, etc.) in Steueroasen massgeblich beteiligt sind, der Meldepflicht im Geldwäschereigesetz unterstellen muss. Weitere Themen der Fachkommission Wirtschaft und Finanzen war die Sharing Economy im Verkehrsbereich (Uber) sowie die Frage, ob und welche Regulierung man für diese neuen Geschäftsmodelle (Plattformökonomie) entwickeln sollte, um vor allem den ArbeitnehmerInnenschutz zu gewährleisten. Schliesslich befasste sich die Fachkommission ausführlich und fundiert mit Experten der Nationalbank sowie Vertretern der Kantonalbanken mit der Vollgeld-Initiative. Die Arbeiten der Fachkommission trugen wesentlich bei zur Erarbeitung der Position der SP-Fraktion in den parlamentarischen Beratungen der Vorlage.

Ein weiteres wichtiges und neues Thema, das die Fachkommission Wirtschaft und Finanzen zusammen mit der Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung aufnahm, war die Nachhaltigkeit des Schweizer Finanzplatzes. Die entscheidende Frage lautete, ob es Klimaschutz-Auflagen für institutionelle Anleger oder die SNB brauche, was nötig sei, damit Banken oder Pensionskassen es den SparerInnen einfacher machen können, in nachhaltige Anlagen zu investieren. Diese Diskussionen waren ein Schritt hin zu dem später von der Delegiertenversammlung in Lausanne verabschiedeten Klima-Positionspapier der Partei und dem Grundlagenpapier für einen klimafreundlichen Schweizer Finanzmarkt.

Schliesslich hat sich die Fachkommission mit einer der grossen Gesetzesvorlagen von 2017, der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, auseinandergesetzt. Dabei kommt dem öffentlichen Beschaffungswesen eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Öffentliche Beschaffungen entsprechen einem Anteil am Bruttoinlandprodukt von knapp 8 Prozent oder rund 50 Milliarden Franken. Über 300'000 Arbeitsplätze hängen davon ab. Bund, Kantone und Gemeinden haben hier eine Marktmacht, welche die Verhältnisse auf dem Schweizer Arbeitsmarkt wesentlich beeinflussen kann. Die Fachkommission erörterte die entscheidenden Fragen, etwa das Thema Nachhaltigkeit, das Öffentlichkeitsprinzip oder die Arbeitsbedingungen. Auch hier trugen die Debatten in der Fachkommission zur Erarbeitung der Position der SP-Fraktion wesentlich bei.

*Präsidentin: NR Susanne Leutenegger Oberholzer
Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch*

Fachkommission Landwirtschaft

Die agrarpolitische Fachkommission besteht aus einem verhältnismässig kleinen, dafür aber umso sachkundigeren Kreis von rund einem Dutzend ExpertInnen, der sich in der Regel einmal pro Session zu einer Sitzung trifft. Die Fachkommission ist für den Positionsbezug von Partei und Fraktion in Landwirtschaftsfragen immer wieder entscheidend. Während den Berichtsjahren stand die Arbeit der Fachkommission vorausblickend bereits im Zeichen der Weiterentwicklung der Agrarpolitik über das Jahr 2022 hinaus sowie der Fragen des Grenzschutzes, beziehungsweise einer Marktöffnung in der Landwirtschaft.

So hat sich die Fachkommission zum Beispiel mit der „Zukunft des Schoggigesetzes“ und den Perspektiven eines Grenzschutzabbaus auseinandergesetzt. Dabei ging es auch um die Frage, wie man das „Schoggigesetz“ und seine Nachfolge-Konstrukte ablösen und welche Rolle dabei die Option von offenen Grenzen mit der EU spielen könnte. Zwei Mal war die Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“ das Thema in der Fachkommission, einmal für eine grundsätzliche Debatte darüber, ob die Initiative die Zukunft der Schweizer Lebensmittelproduktion sichern könnte und was sie den Bauernfamilien bringe. Ein zweites Mal unter dem Fokus, wie der Gegenvorschlag zu interpretieren sei. Gleichzeitig wurde darüber beraten, ob es auch zur Fair-Food-Initiative einen Gegenvorschlag brauche.

Ein weiteres Thema, das die Fachkommission beschäftigt hat, war die Frage, wie sich das System der Direktzahlungen in der Landwirtschaft weiterentwickeln liesse. Dabei wurde vor allem der Vorschlag des VKMB diskutiert, die Plafonierung der Direktzahlungen bei einer Obergrenze von 150'000 Franken pro Betrieb einzuführen und nach Flächen abgestufte Direktzahlungen (Staffelung) vorzusehen. Auch diese Frage wird bei der Weiterentwicklung der Schweizer Agrarpolitik auch weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Die Fachkommission wird von NR Beat Jans präsidiert.

Präsident: NR Beat Jans

Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch

Fachkommission für Aussenpolitik

Die Fachkommission (FK) befasste sich im Berichtszeitraum an 8 Sitzungen mit folgenden Themen:

Am **29. Februar 2016** diskutierte die FK „**Die Botschaft des Bundesrates zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020**“ mit Persönlichkeiten aus DEZA, Alliance Sud, Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) und Swisspeace. Die SP bekämpfte die vorgesehenen Kürzungen; unterstützte den Ausbau des Engagements in der Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte; forderte eine noch konsequentere Ausrichtung an der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit Fokus auf IZA in fragilen Kontexten; und beharrte auf konsequenteren Verfahren, um die oft fehlende Kohärenz der Entwicklungspolitik in den Schweizer Aussenbeziehungen endlich deutlich zu erhöhen. An der gleichen Sitzung verabschiedete die FK das Papier ihrer Subkommission Schweiz-EU: „Europa mitgestalten – Für mehr und eine bessere, soziale EU“.

Am **30. Mai 2016** standen die Fragen „**Wie Nachhaltigkeitsziele in bilateralen Investitionsschutzabkommen (ISA) verankern? Welche Alternativen zur Streitschlichtung mit Schiedsgerichten?**“ im Zentrum. Das SECO stellte das neue ISA-Verhandlungskonzept vor, das für mehr Nachhaltigkeit sorgen soll. Die DEZA und eine Vertreterin des *International Institute on Sustainable Development* stellten weitergehende Forderungen. Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien wies im Sinne eines Fallbeispiels auf ungerechtfertigte Multi-Entschädigungsklagen hin.

Am **12. Sept. 2016** befasste sich die FK mit „**Die Schweiz und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP – wie soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele stärken?**“ Grundlage bildete ein ausführliches Analysepapier sowie Erläuterungen aus dem SECO und von Charlotte Sieber vom IHEID in Genf. Ein umfassendes Wirtschaftsabkommen EU-USA hätte massive Rückwirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur EU und zu den USA sowie einen prägenden Einfluss auf die zukünftige Ausgestaltung solcher Abkommen weltweit. Nachhaltigkeitsziele lassen sich nur durchsetzen, wenn es dafür eine rechtliche und institutionelle Grundlage gibt. An der gleichen Sitzung nahm die FK vom neuen Vorschlag ihrer Subkommission Schweiz-EU zur Neuformulierung von These 10 der europapolitischen Roadmap der Partei zur Kenntnis.

Am **28. November 2016** diskutierte die FK mit Riccarda Torriani und Raphael Nägeli vom EDA sowie Kirill Buketov von der Internationalen Lebensmittelgewerkschaft das Thema: „**Putinismus, Repression, Bomben über Syrien, Annexion der Krim: wie kann die Schweiz zu Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in und mit Russland beitragen?**“ Das Ergebnis mündete in die SP-Resolution „Russland: Für Frieden, Freiheit und Menschenrechte“ der DV vom 1. April 2017 in Castioni.

Am **27. Februar 2017** diskutierte die FK den „**Beitrag der SP zu Projekten und Kampagnen der SP Europa (SPE) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für ein soziales Europa**“ mit Beat Baumann vom EGB-Vorstand, Mario Carera vom SPE-Vorstand und Esther Maurer, Delegierte bei Solidar International. SPE, EGB und Solidar International führten wichtige Kampagnen mit Blick auf die tripartite Gipfelkonferenz von EU-Rat, EU-Parlament und EU-Kommission in Göteborg vom 17. November 2017 für die Verankerung einer „Säule sozialer Rechte“ in der EU.

Am **29. Mai 2017** vertiefte die FK das Analysepapier „**Der Preis des Stillstandes ist zu hoch – Die offenen Verhandlungsdossiers Schweiz-EU 2017**“. Es zeigt im Detail auf, was alles auf dem Spiel steht, wenn die Verhandlungsblockade der Schweiz mit der EU anhält. Das Papier wurde gestützt auf die FK-Diskussion weiter vertieft und von der SP Fraktion finalisiert.

Am **11. Sept. 2017** ging es um „**Mehr Kohärenz und bessere Verfahren in der Schweizer Menschenrechtspolitik: UPR und Schwerpunkte für die Menschenrechtsarbeit im Parlament**“ mit Vertretern von der Abteilung für menschliche Sicherheit AMS, dem Bundesamt für Justiz BJ und humanrights.ch/Plattform für Menschenrechte. Die hohe Autonomie der einzelnen Departemente und Bundesämter sowie das bescheidene (und wenn schon sprunghafte) Interesse des Parlamentes an Menschenrechtsfragen sind fast unüberwindbare Hürden, um die Kohärenz zu erhöhen.

Am **27. November 2017** knüpfte die FK an die Kritik der Geschäftsprüfungskommission GKP an und forderte „**Mehr Informationen für mehr Nachhaltigkeit in der Handelspolitik**“ mit Vertretern und Vertreterinnen von der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, dem SECO, dem WTI-Projekt-Koordinator für Arbeits- und Sozialklauseln in präferenziellen Handelsabkommen und einer Spezialistin für Nachhaltigkeitsklauseln in Freihandelsabkommen.

*Präsident: Carlo Sommaruga, Vize-Präsident: Martin Naef
Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch*

Subkommission Schweiz – EU

Die von der Fachkommission für Aussenpolitik am 15. Juni 2015 eingesetzte Subkommission Schweiz – EU (SK) traf sich im Berichtszeitraum zu sechs Sitzungen. Die SK begleitete unter dem ständigen Traktandum „Europapolitische Aktualitäten“ die schwierigen Diskussionen über die Umsetzung der so genannten „Masseneinwanderungsinitiative“ der SVP und der Initiative „Raus aus der Sackgasse“ aus öfnungsorientierten Kreisen. Zudem vertiefte sie folgende Themen:

Am **22. Februar 2016** diskutierte und verabschiedete die SK das Positionspapier „Europa mitgestalten – Für mehr und eine bessere, soziale EU“, das sich vertieft mit den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der EU auseinandersetzt und die SP mit eigenständigen Positionen einbringt.

Am **3. Mai 2016** nahm die SK eine Standortbestimmung der Partei und der Fraktion in Bezug auf die Erhaltung und Weiterentwicklung der Personenfreizügigkeit mit der EU vor und vertiefte das weitere Vorgehen in Bezug auf den neuen Verfassungsartikel 121a BV. Zudem legten acht Mitglieder der SK aus ihrer Sicht mögliche Argumentationslinien vor, wie die EU-Beitrittsperspektive erhalten und weiter entwickelt werden könnte.

Am **28. Juni 2016** und am **30. August 2016** diskutierte die SK ihre Vorschläge für eine neue These 10 in der SP Roadmap. Die Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds vom 16. April 2016 hat neun der zehn Thesen der europapolitischen Roadmap der SP praktisch unverändert verabschiedet und damit die Partei in so zentralen Themen wie der Umsetzung von Art. 121a BV, der Ablehnung einer „einseitigen Schutzklausel“ und der institutionellen Frage positioniert. Die zehnte These zur Mittelfrist-Perspektive wies die DV an die GL zur Überarbeitung und neuen Beschlussfassung am Parteitag vom 3./4. Dezember in Thun zurück. Die SK erarbeitete dazu ihre Vorschläge.

Am **1. November 2016** und **17. Januar 2017** lagen der SK (wie bereits am 3. Mai 2017) die möglichen Argumentationslinien vor, die acht Mitglieder der SK aus ihrer Sicht zur Erhaltung und Weiterentwicklung der EU-Beitrittsperspektive erarbeitet hatten. Die SK setzte zur Vertiefung dieser Fragestellung eine informelle ad-hoc Arbeitsgruppe „Neulancierung der Beitrittsperspektive“ ein. Deren Ergebnisse sollten zum gegebenen Zeitpunkt wieder in der SK diskutiert werden. Die Arbeitsgruppe wollte diese Debatte nicht allein mit jenen führen, die es gewohnt sind, im Bundeshaus an Sitzungen teilzunehmen, sondern das Gespräch in der ganzen Breite der Partei suchen. Damit vertagte sich die Subkommission, was die Fachkommission für Aussenpolitik an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2017 zustimmend zur Kenntnis nahm. (Die ad-hoc Arbeitsgruppe war eineinhalb Jahre an der Arbeit und legte im Sommer 2018 ein Manifest vor. Um dieses zu diskutieren, trat die Subkommission erstmals am 20. Oktober 2018 wieder zusammen).

Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 7 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Am **7. Juni 2016** vertiefte die FK das Thema „**Der Bundesrat höhlt die Waffenausfuhrpolitik aus – Welche Antwort der SP?**“ mit Peter Hug (SP), Patrick Walder und Alain Bovard (beide Amnesty). Daraus entstand ein Vorstosspaket im Nationalrat.

Am **20. September 2016** ging die FK auf „**Die Teilnahme der Schweiz am militärischen Luftraumüberwachungssystem Air Situation Data Exchange (ASDE) der NATO**“ ein. Brigadier Werner Epper und Robert Diethelm vom VBS, Philipp Häsler vom EDA erläuterten den damaligen Stand der Verhandlungen und Lt Col Klas Peterrsson, Verteidigungsattaché von Schweden, ging auf die Erfahrungen seines Landes mit dem ASDE-System ein. Die Delegiertenversammlung der SP stimmte dem Beitritt der Schweiz zum NATO-ASDE-System im Oktober 2017 oppositionslos zu, ebenso die SP Fraktion im Frühjahr 2018.

Am **13. Dezember 2016** führte die FK eine Eintretensdebatte über das Konzeptpapier „**Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit**“. Am **7. März 2017** folgte eine zweite Lesung. Gestützt auf eine breit angelegte schriftliche Konsultation und eine dritte Lesung verabschiedete die FK das Konzept an ihrer Sitzung vom **13. Juni 2017**. Es wurde anschliessend übersetzt und diente der SP Fraktion als Grundlage für eine Klausurtagung über die künftige Friedens- und Sicherheitspolitik der Fraktion. Die Fraktion fasste das Ergebnis in zehn Thesen zur Sicherheitspolitik zusammen und reichte dazu ein Vorstosspaket ein.

Am **26. September 2017** diskutierte die FK Argumente und Vorgehensmöglichkeiten „**Für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen und von Autonomen Waffen: Die internationalen Verhandlungen und die Rolle der Schweiz**“ mit Daniela Schneider vom EDA und Maya Brehm, Völkerrechtlerin und Mitgründerin der Internationalen Kampagne für ein Verbot von Atomwaffen (ICAN), die drei Monate später den Friedensnobelpreis zugesprochen erhielt. Gestützt auf diese Aussprache reichte die Fraktion mehrere parlamentarische Vorstösse ein.

Am **12. Dezember 2017** stellte die FK die Frage „**Desinformation durch fremde Mächte: Wie unsere Demokratie gegen Fake news und automatisierte „Social Bots“ schützen? Wie unsere Sicherheit im Informationskrieg gewährleisten?**“ Mit Adrian Rauchfleisch (Uni Zürich), David Rechsteiner (Uni St. Gallen) und Christian Catrina (VBS). Die gezielte Lancierung von „Fake News“ und deren massenhafte Verbreitung mittels automatisierter „Social Bots“ hat in den Medien teilweise heftige Diskussionen ausgelöst. Die russische Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahlen in den USA und auf Wahlen in weiteren westlichen Demokratien befeuerte diese Debatte zusätzlich. Die Feststellung, dass ein grenzüberschreitendes Problem für Demokratie und Rechtsstaat besteht, liegt auf der Hand. Wesentlich schwieriger ist es, griffige Gegenmassnahmen auf staatlicher und gesetzgeberischer Ebene zu definieren.

Präsidentin: Priska Seiler-Graf

Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch

AG Wirtschaftsdemokratie

Die AG Wirtschaftsdemokratie wurde vom Parteipräsidium im November 2013 mit dem Ziel ins Leben gerufen, das Thema Wirtschaftsdemokratie, das im Parteiprogramm der SP Schweiz von 2010 eine äusserst prominente Stellung einnimmt, mit einer längerfristigen Perspektive zu bearbeiten. Politische Forderungen, das Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie die Förderung von Wissen und Debatten zu Wirtschaftsdemokratie gehören zu den Zielen der Arbeitsgruppe. In der Arbeitsgruppe wirkten und wirken verschiedenste Personen mit: von der Nationalrätin über das interessierte SP-Basismitglied bis zum Vertreter der Juso. Die Zusammensetzung der AG hat sich über die Jahre, auch in Abhängigkeit der jeweils anstehenden Arbeiten und Projekten, verändert.

Am Parteitag im Dezember 2016 in Thun wurde das Positionspapier „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“ diskutiert und verabschiedet. Das Papier wurde im Rahmen der AG Wirtschaftsdemokratie erarbeitet und basiert auf verschiedenen Vorarbeiten der AG in den Jahren 2014 und 2015 (Recherchen, Tagungen usw.). Rund um den Parteitag resp. das Positionspapier wurde das Thema Wirtschaftsdemokratie in einer breiteren (Medien-)Öffentlichkeit ebenso wie parteiintern – auch kontrovers – diskutiert. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren zudem an der Ausarbeitung und Umsetzung diverser „Begleitmassnahmen“ beteiligt. Zu nennen sind die illustrierte Broschüre „Mehr Demokratie eine Wirtschaft für alle statt für wenige schaffen“, die Website www.wirtschaftsdemokratie.ch oder ein kurzer Film, der am Parteitag gezeigt wurde. Hervorzuheben gilt es weiter das Bildungsmodul Wirtschaftsdemokratie, das seit Ende 2016 zur Verfügung steht und seither durch Sektionen oder Kantonalparteien rege gebucht wurde (die französische Fassung liegt seit Sommer 2017 vor).

Als Teil des Positionspapiers wurde am Parteitag auch die Forderung nach einem Aktionsplan zur Umsetzung verabschiedet. Dieser Aktionsplan wurde in der Arbeitsgruppe erstellt und nach der Verabschiedung durch die Geschäftsleitung an der Delegiertenversammlung vom Oktober 2017 in Olten präsentiert. Der Aktionsplan umfasst die drei Schwerpunkte „Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen“, „Mitbestimmung“ sowie „Service public und Commons“. Pro Schwerpunkt sind jeweils drei Aktionen mit Massnahmen aufgeführt. Bereits 2017 begann die AG Wirtschaftsdemokratie mit der Organisation einer gemeinsamen Fachtagung von SP und Gewerkschaften zum Thema „Mitbestimmung im Unternehmen“.

Die AG Wirtschaftsdemokratie hat sich 2016 zu drei, 2017 zu vier Sitzungen getroffen. Hinzu kamen diverse Treffen von Subgruppen, die an einzelnen Themen/Projekten arbeiteten.

*Präsidentin : Barbara Gysi
Politischer Fachsekretär : Pascal Zwicky*

Parteiinterne Bildung in den Jahren 2016 und 2017

Die im Jahr 2014 erstmals durchgeführte SP Sommeruni ist inzwischen fest etabliert und wird jährlich durchgeführt. Das Grundkonzept wurde in den Jahren beibehalten, aber verschiedene Anpassungen vorgenommen. Seither besuchen jedes Jahr über 130 Personen die Sommeruni im Walliser Bergdorf Chandolin um über eine grosse Vielfalt an politischen und gesellschaftlichen Themen zu diskutieren.

In den Jahren 2016 und 2017 wurden zwei Bildungsangebote erarbeitet, die in den Sektionen durchgeführt werden konnten: Ein Bildungsmodul zur Abstimmung über die Spekulationsstopp-Initiative sowie eines zur Wirtschaftsdemokratie. Über 100 Sektionen buchten eines der beiden Module.

Im Jahr 2016 wurden die beiden bisherigen Sektionshandbücher zu Kampagnen und Kommunikation sowie Sektionsarbeit durch ein solches zur Mitgliederentwicklung ergänzt. Dabei geht es nicht nur um die Gewinnung neuer Mitglieder, sondern auch um die bessere Einbindung der aktuellen Mitglieder.

Begleitet wurde diese Arbeiten durch die Begleitgruppe Bildung, welche sich in den beiden Berichtsjahren zu sieben Sitzungen traf und dabei wichtige Ideen und Rückmeldungen zu den verschiedenen Bildungsangeboten gab. Im Rahmen des Kostendruckes mussten die ordentlichen Stellenprozente von ursprünglich 50 ordentlichen Stellenprozenten auf 30 Prozent gekürzt werden. Allerdings konnte im selben Ausmass der Bereich Mitgliederentwicklung gestärkt werden, welcher verschiedene Schnittstellen zur Bildungsarbeit aufweist.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Kantonal- und Stadtparteien trafen sich an sechs Koordinationskonferenzen. Diese finden jeweils am Vortag der Delegiertenversammlungen der SP Schweiz statt und dienen der optimalen Vernetzung mit der SP Schweiz sowie der Koordination der Aktivitäten im Rahmen von Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Mitgliederentwicklung – Mitgliederbestände seit 1995

Kanton	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	+/- in %	2015	+/- in %	2016	+/- in %	2017	+/- in %	2018	+/- in %
Aargau	3138	2854	2543	2310	2247	2212	2179	2152	-1.2%	2148	-0.2%	2153	0.2%	2225	3.3%	2303	3.5%
Appenzell IR						0	17	20	17.6%	20	0.0%	15	-25.0%	16	6.7%	16	0.0%
Appenzell AR	170	159	214	226	233	233	222	213	-4.1%	206	-3.3%	215	4.4%	224	4.2%	219	-2.2%
Basel Land	1550	1459	1423	1338	1294	1292	1268	1230	-3.0%	1205	-2.0%	1216	0.9%	1270	4.4%	1271	0.1%
Basel Stadt	947	936	908	744	848	812	789	764	-3.2%	753	-1.4%	806	7.0%	865	7.3%	899	3.9%
Bern	10580	9148	8285	7217	7034	6980	6783	6499	-4.2%	6372	-2.0%	6281	-1.4%	6376	1.5%	6358	-0.3%
Fribourg	814	963	744	782	851	923	973	882	-9.4%	864	-2.0%	897	3.8%	929	3.6%	906	-2.5%
Genève	799	855	767	790	825	873	949	962	1.4%	934	-2.9%	946	1.3%	993	5.0%	1036	4.3%
Glarus	221	222	216	184	177	172	166	169	1.8%	165	-2.4%	161	-2.4%	160	-0.6%	160	0.0%
Graubünden	586	568	600	611	617	617	606	602	-0.7%	618	2.7%	629	1.8%	637	1.3%	661	3.8%
Jura	611	514	486	496	488	485	482	486	0.8%	485	-0.2%	480	-1.0%	486	1.3%	469	-3.5%
Luzern	842	855	831	766	761	779	770	766	-0.5%	787	2.7%	923	17.3%	1006	9.0%	1081	7.5%
Neuchâtel	1071	964	970	950	961	934	943	915	-3.0%	888	-3.0%	854	-3.8%	891	4.3%	884	-0.8%
Nidwalden	24	51	41	41	38	38	38	38	0.0%	43	13.2%	42	-2.3%	43	2.4%	36	-16.3%
Oberwallis	166	245	253	182	179	180	184	189	2.7%	184	-2.6%	187	1.6%	169	-9.6%	177	4.7%
Obwalden	0	109	152	129	145	144	142	129	-9.2%	131	1.6%	130	-0.8%	123	-5.4%	115	-6.5%
Schaffhausen	824	699	650	577	547	531	517	507	-1.9%	501	-1.2%	493	-1.6%	496	0.6%	504	1.6%
Schwyz	412	397	445	434	418	434	455	452	-0.7%	448	-0.9%	449	0.2%	464	3.3%	478	3.0%
Solothurn	3011	2744	2446	2182	2115	2073	2026	1971	-2.7%	1927	-2.2%	1881	-2.4%	1892	0.6%	1873	-1.0%
St. Gallen	1609	1633	1631	1440	1412	1403	1429	1388	-2.9%	1411	1.7%	1414	0.2%	1456	3.0%	1454	-0.1%
Tessin	1474	1694	1455	1247	1298	1275	1195	1163	-2.7%	1170	0.6%	1164	-0.5%	1127	-3.2%	1104	-2.0%
Thurgau	858	785	743	693	702	669	702	681	-3.0%	687	0.9%	655	-4.7%	672	2.6%	664	-1.2%
Uri	190	187	184	177	178	182	184	184	0.0%	183	-0.5%	189	3.3%	186	-1.6%	184	-1.1%
Valais romand	576	576	594	565	488	487	484	514	6.2%	589	14.6%	596	1.2%	629	5.5%	701	11.4%
Vaud	2107	1980	1700	1952	2053	2103	2037	2015	-1.1%	1965	-2.5%	2025	3.1%	2179	7.6%	2026	-7.0%
Zug	271	240	244	211	209	207	201	209	4.0%	215	2.9%	225	4.7%	233	3.6%	235	0.9%
Zürich	6159	5830	5661	5144	5108	4996	4871	4815	-1.1%	4854	0.8%	4948	1.9%	5108	3.2%	5289	3.5%
SP International								74		85	14.9%	108	27.1%	118	9.3%	129	9.3%
SP Schweiz								45		42	-6.7%	40	-4.8%	38	-5.0%	38	0.0%
Schweiz	39010	36667	34186	31388	31226	31034	30612	30034	-1.9%	29880	-0.5%	30122	0.8%	31011	3.0%	31270	0.8%

Kommentar zur Mitgliederentwicklung

Die SP ist eine Bewegungs- und Mitgliederpartei. Umso schmerzlicher war der kontinuierliche Verlust von Mitgliedern zwischen den 1990er Jahren bis ins Jahr 2015. Sinkende Mitgliederzahlen sind jedoch keine SP-spezifische Entwicklung; sie treffen alle etablierten Parteien. Seit den 1970er Jahren sinkt die Parteibildung in ganz Europa. Vor diesem Hintergrund ist der Gegentrend seit dem Jahr 2015 eine kleine Sensation. Zwischen Anfang 2015 bis Ende 2017 betrug das Mitgliederwachstum beinahe 5%.